

**Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.**

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Ellen Nebel.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 66,90 Euro.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

**Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),
Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de**

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

29. März 2018 **13**

INHALT

DOKUMENTATION

„Under Pressure – Die Freiheit nehm ich dir“

31. Journalistentag der dju in ver.di am 20. Januar 2018 in Berlin

Frank Werneke über Spaltungen im Mediensystem	3
Ulrich Chaussy über die Entwicklung der Gegenöffentlichkeit in Deutschland	6
Christian Mihr über die Pressefreiheit in der Welt	13
Ebru Tasdemir über das Onlineportal „taz.gazete“	17
Harlem Désir über Pressefreiheit in Europa	20
Marta Orosz über die Medienstrategie der Populisten	23
Philipp Schwörbel über die Finanzierung von Journalismusprojekten	25
Arne Henkes über die Strategie der Ströer Content Group	27
Jörg Howe über die Kommunikationsstrategie von Daimler	28
Diskussion über Artikel 5, G20 und die innere Sicherheit	30

Der Wert der Gegenöffentlichkeit. Eine dju-Tagung zur Pressefreiheit

epd Deniz Yücel wurde im vergangenen Jahr zum oft bemühten Symbol für eine akut bedrohte Pressefreiheit. Nicht 8.000 Kilometer entfernt in Nordkorea, nicht 5.000 Kilometer entfernt in Eritrea, sondern im Silivri-Gefängnis in der Türkei, gerade einmal zwei Autostunden von den EU-Grenzen Bulgariens und Griechenlands entfernt. Der 31. Journalistentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di behandelte deshalb am 20. Januar das Thema „Under Pressure – Die Freiheit nehm ich dir“.

Wo Journalisten getötet, gefoltert und inhaftiert werden, ist nicht nur die Pressefreiheit in Gefahr, sondern die Demokratie insgesamt. Ausgehend von dieser Feststellung erörterten die Vorträge bei der dju-Tagung in Berlin, welche Verantwortung die EU, die Politik in den Mitgliedstaaten, aber auch die Zivilgesellschaft hat. Eine Rolle spielte außerdem, welche Wechselwirkungen zwischen Medien und Kommerz bestehen und welche Auswirkungen dies auf die Pressefreiheit hat.

Der langjährige ARD-Hörfunkjournalist und Buchautor Ulrich Chaussy zeichnet in seiner Keynote nach, wie sich in den 60er Jahren in Deutschland etwas entwickelte, das unter dem Schlagwort „Gegenöffentlichkeit“ geläufig wurde. Vietnamkrieg, Erschießung von Benno Ohnesorg, Attentat auf Rudi Dutschke – vor diesem Hintergrund entstanden aus dem studentischen Milieu heraus Initiativen, die dem damals herrschenden Kampagnenjournalismus etwas entgegensetzen wollten. In den 70er Jahren mündete dies in einer Reihe von Zeitungs- und Zeitschriftenprojekten, von „PflasterStrand“ bis taz.

Am Ende schlägt Chaussy den Bogen zu unserer Gegenwart, zu Whistleblowern und Leaks. In Zeiten der

digitalisierten elektronischen Kommunikation und ihrer Überwachung müsse der Erosion des journalistischen Quellenschutzes mit einer Grundgesetzänderung begegnet werden, fordert er. Sein Vorschlag für eine neue Fassung von Artikel 5: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und sich aus allgemein zugänglichen sowie aus vertraulich erlangten Quellen ungehindert zu unterrichten.“

Der Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen in Deutschland, Christian Mihr, liefert einen Überblick über die Bedrohungslage für Medienschaffende „von Aserbaidschan bis Weißrussland“. Ebru Tasdemir, Redakteurin des Onlineportals „taz.gazete“, schildert die angespannte Situation in der Türkei und stellt Projekte vor, die den Journalisten vor Ort helfen sollen. Der OSZE-Medienbeauftragte Harlem Desir widmet sich dem Thema Sicherheit von Journalisten, die Journalistin und Osteuropa-Expertin Marta Orosz schildert die massive Einschränkung der Pressefreiheit in Ungarn binnen weniger Jahre.

Nach einem Block mit drei kurzen Vorträgen zum Thema „Kommerz macht Macht – Ohne Geschäft keine Pressefreiheit“ schließen wir diese Ausgabe mit der Dokumentation einer Diskussionsrunde, die sich um den G20-Gipfel 2017 in Deutschland, die Akkreditierungspraxis und die Konsequenzen aus den zahlreichen Pannen dreht. Wir dokumentieren die Vorträge des Journalistentags in diesem Heft mit freundlicher Genehmigung der Referenten und der dju.



Michael Ridder

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
76,70 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.

Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

„Gräben schließen“

Frank Werneke über Spaltungen im Mediensystem

Tina Groll hat schon auf die Arbeit und Berichterstattung von Reporter ohne Grenzen hingewiesen. Am 19. Dezember vergangenen Jahres gab es eine Presseerklärung von Reporter ohne Grenzen und ich will zwei Sätze daraus zitieren: „Im zu Ende gehenden Jahr sind weltweit mindestens 65 Journalistinnen und Journalisten und andere Medienmitarbeiter im direkten Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet worden.“ Und weiter: „Die Hälfte von ihnen starb außerhalb von Regionen mit bewaffneten Konflikten.“ Das zeigt einmal mehr, der journalistische Beruf ist und bleibt in Teilen der Welt gefährlich.

Ob in Syrien, Afghanistan oder im Irak, oftmals ist das eigene Menschenleben in Gefahr. Auch darauf hat Tina schon hingewiesen, aber es gibt noch mehr Länder, die unsere kritische Beobachtung notwendig machen. Die Türkei, Vietnam, China. Wo unliebsame Journalistinnen und Journalisten sowie Bloggerinnen und Blogger oftmals hinter Gittern landen und zum Teil unter widrigsten und menschenfeindlichen Bedingungen.

„Die harte Seite der Gefährdung“

Die Fälle von unserem Kollegen Deniz Yücel oder Mesale Tolu sind nur zwei prominente Namen von Hunderten von journalistischen Kolleginnen und Kollegen, die hinter Gittern sind oder emigrieren müssen, um sich zu schützen. Und es ist die eine, die harte Seite der Gefährdung von Pressefreiheit und auch der offensichtlichen Grenzen von Pressefreiheit in viel zu vielen Ländern dieser Erde. Man könnte auch sagen die lebensgefährliche Seite des für eine demokratische Gesellschaft so unverzichtbaren Berufs der Journalistin und des Journalisten.

Es gibt aber auch eine, sagen wir mal, eine weichere, eine schleichende, auch weniger sichtbare Entwicklung. Eine eher subtile Einschränkung der Pressefreiheit. Und zwar dort, wo im Alltag unabhängige Redaktionsarbeit behindert wird, Themen und Inhalte gar nicht oder nur eingeschränkt stattfinden sollen, um es sich mit den Mächtigen nicht zu verscherzen, seien es die Bürgermeister oder auch die Anzeigenkunden. Auch dann ist Pressefreiheit unter Druck und in Gefahr.

Und das mit zunehmender Dimension – wir erleben in einigen unserer europäischen Nachbarländer das Einschüren von unabhängiger Berichterstattung. Beispiele dafür sind Ungarn und Polen, wo veränderte Medien-

gesetze dafür sorgen, dass eine freie Berichterstattung eingeschränkt wird.

In Polen zum Beispiel hat die rechtskonservative Regierung unter der PiS-Partei vor zwei Jahren ein Gesetz verabschiedet, das dem Schatzminister, ungefähr vergleichbar mit dem deutschen Bundesfinanzminister, und damit natürlich einem Regierungsmitglied, die Aufgabe übertragen hat, über die Besetzung der Leitungsposten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu entscheiden. Und in Ungarn wiederum musste vor einem guten Jahr die größte und regierungskritische Zeitung schließen, nachdem über Nacht ihr Besitzer die Firma an jemand verkauft hat, der in Verbindung zu Viktor Orbán steht. Die Redakteurinnen und Redakteure wurden von einem Tag auf den anderen ausgesperrt. Sie kamen auch nicht mehr an ihre Unterlagen und Archive. Auch die Onlineausgabe wurde sofort abgeschaltet.

„Kein rechtsfreier Raum“

Ich will überhaupt gar keinen Zweifel aufkommen lassen: Im Vergleich mit dem, was ich geschildert habe in unseren europäischen Nachbarländern, erst recht in vielen anderen Ländern auf der Welt, ist es um die Pressefreiheit in Deutschland viel besser bestellt. Aber auch hier ist es notwendig und es ist unsere Aufgabe, Ereignisse kritisch zu bewerten und zu handeln. Ein Beispiel ist sicherlich der absolut kritikwürdige Entzug der Akkreditierung für Journalistinnen und Journalisten, die vom G20-Gipfel berichten wollten, ein Thema des heutigen Tages. Und ein Thema, mit dem sich die dju in ver.di in den letzten Wochen und Monaten intensiv befasst hat und für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen Unterstützung organisiert hat.

Ein weiteres Thema aus dem Inland ist ohne Zweifel das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das zum Jahreswechsel in Kraft getreten ist und das von uns ebenfalls genau betrachtet werden muss. Dabei will ich klar sagen, es ist auch die Position von ver.di, das Netz darf kein rechtsfreier Raum sein, in dem sich Rassisten, Antisemiten und Reichsbürger ungestraft austoben können. Was offline strafbewährt ist, soll es auch online sein. Gleichzeitig droht jedoch die Gefahr, dass aus Übereifer oder um möglichen negativen Rechtsfolgen zuvorkommen, Twitter, Facebook und Co. Zuspitzung, politische Satire und Kritik einfach löschen. Und ich glaube, wir können gemeinsam – das ist dann der kritische Blick auf dieses Gesetz – kein Interesse an einem gemainstreamten Netz haben und vor allen Dingen

keines, dass nach den Maßstäben und Bewertungskriterien von kommerziellen Providern ausgerichtet ist. Wenn ich es so beschreibe, zeigt es natürlich auch den Spannungsbogen und wie herausfordernd es ist, gerade im Internet die richtige Balance zu finden zwischen dem, was gesellschaftlich erwünscht, verboten sein muss und dem, was zu Zensur und Meinungseinschränkung führt.

„Unter Beschuss“

All diese von mir genannten Aspekte der Pressefreiheit werden heute im ersten Teil der Veranstaltung zur Sprache kommen. In der zweiten Tageshälfte wollen wir das Feld der Pressefreiheit im engeren Sinne ein wenig verlassen und uns der Frage stellen, wie eigentlich Pressefreiheit und die Finanzierung von Presse und Medien zusammenhängen. Also bestimmt auch Geld hier die Welt? Es geht um die Frage, welche Ansätze und auch welche veränderten Geschäftsmodelle es gibt, die die Erbringung von Medieninhalten und damit die Ausgestaltung und die Pressefreiheit überhaupt erst ermöglichen. Dazu haben wir neben Vertretern der privaten Medienlandschaft auch Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeladen. Ganz bewusst auch beide Bereiche, denn, das ist meine feste Überzeugung, das Nebeneinander und das sich auch Ergänzen von privatwirtschaftlich finanzierten Medien und den öffentlich-rechtlichen Angeboten in Deutschland ist eine Stärke, und die gilt es aus unserer Sicht auch zu erhalten.

Wir alle wissen hier im Raum, dass gerade in den letzten Wochen und Monaten insbesondere der öffentlich-rechtlichen Rundfunk von verschiedenen Seiten aus unter Beschuss steht. Das gilt für uns in Deutschland, zum Teil noch stärker in einigen unserer Nachbarländer. Die Litanei von der sogenannten Zwangsgebühr ist dabei leider kein Alleinstellungsmerkmal in der Propagandistik der sogenannten Alternative für Deutschland, sondern sie findet sogar zumindest in Teilen der seriösen Presse Widerhall.

In der Schweiz wird in diesen Tagen für eine Volksabstimmung geworben, die sogenannte No-Billag-Initiative. Billag, das ist die schweizerische Institution des Beitragsservice. Also die Organisationseinheit, die die Rundfunkgebühren einnimmt. Die Initiatorinnen und Initiatoren dieser Initiative kommen im Wesentlichen aus dem Umfeld der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei und der Freisinnig-Demokratischen Partei. Also Parteienkonstellationen vergleichbar in Deutschland, die ebenfalls anfällig und verdächtig sind, wenn es darum geht, gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzutreten. Und in dieser Initiative wird argumentiert, die Zwangsgebühren – auch das ist der Begriff, der verwandt wird – sollen abgeschafft werden und der

öffentlich-rechtliche Rundfunk im Lande könne sich ja über Pay-TV und Werbung finanzieren. Die dort derzeit in der Schweiz vorgebrachten Argumente sind uns auch hier bekannt. Die Argumentationslinie ist, die Rundfunkgebühren würden die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger beschneiden und außerdem auch in ihrer Höhe unangemessen und belastend sein. Und, so weiter die Argumentationslinie, niemand habe etwas gegen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber wer wolle, der könne den ja immer noch freiwillig beziehen und entsprechend bezahlen.

„Unabhängig von Markt und Staat“

Das setzt und blendet grundlegende Mechanismen der Finanzierung und der Aufrechterhaltung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems aus. Denn er funktioniert nur in einer Finanzierung durch die Allgemeinheit für die Allgemeinheit, damit er alle Bürgerinnen und Bürgern mit Informationen versorgen kann und zwar mit Informationen unabhängig von Markt und Staat.

Ich kann für ver.di sagen, für die dju sagen, wir sind da auch in engem Kontakt mit unseren Schweizer Kolleginnen und Kollegen. Wir hoffen und setzen darauf, dass die Eidgenossinnen und Eidgenossen am 4. März die richtige Entscheidung treffen für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Denn die Entscheidung in der Schweiz wird ohne Zweifel von Ausstrahlungskraft sein. Auch von Ausstrahlungskraft auf die politische Debatte hier in der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichern wir nur, wenn er ausreichend finanziert ist, wenn er die Möglichkeiten hat, an den technischen Entwicklungen teilzuhaben und wenn dafür Sorge getragen wird, dass er die Verbreitungs Kanäle nutzen kann, auf denen sich die Nutzerinnen und Nutzer heute und erst recht in Zukunft bewegen. Oder um die aktuelle medien- und rundfunkpolitische Diskussion zu konkretisieren, es ist notwendig, ihn von unnötigen Zwängen und Korsetts, die ihm übergestülpt wurden, zu befreien. Auch wenn einige private Medienanbieter glauben, dass sie von diesen Korsetts des öffentlich-rechtlichen Rundfunks profitieren, obwohl sie definitiv zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Und ich glaube übrigens auch nicht an die Profite und Vorteile der privaten Medienanbieter, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk beschränkt wird.

„Monopol auf Textinhalte“

Das gilt ganz wesentlich für die Frage, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Internet darf und was für ihn

verboten ist. Wir haben dazu als ver.di eine klare Haltung und diese auch formuliert in dem derzeit laufenden staatsvertraglichen Verfahren für den Telemedienauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wo dessen Aufgabe im Internet geregelt sind. Wir haben in unserer Stellungnahme an die Länder appelliert, bei der Überarbeitung des Telemedienauftrages Lösungen zu finden, die tatsächlich praxistauglich und in die Zukunft gerichtet sind.

Dazu gehört aus unserer Sicht die Abschaffung des Verbotes von Presseähnlichkeit in den Medienangeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Und Sie wissen, ihr wisst, dass das Gegenstand eines seit langer Zeit und über mehrere Instanzen verlaufenden Rechtstreites zwischen den Verlegern, die geklagt haben, und der ARD ist. Aber warum eigentlich? Mit welchem Recht meinen die Verlage, sie hätten das Monopol auf Textinhalte im Netz? Wo sie doch eigentlich, und wir alle miteinander wissen, dass das Internet ein eigenes Medium ist, in dem Text, Audio und Video vereint existieren. Gleichzeitig lässt sich übrigens feststellen, dass die Netzangebote der Verlage immer audiovisueller werden. Und das, was presseähnlich ist aus der Sicht der Verlage, verschiebt sich immer mehr zuungunsten von Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Weiterhin sind wir der Ansicht, dass die sogenannte Sieben-Tage-Regel fallen muss, also dem künstlich gesetzten Verfallsdatum für Online-Inhalte von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Rundfunkgebühr für das, was es im Netz gibt, bezahlt und eine solche Verfallszeit ist schwer vermittelbar und nicht akzeptabel.

„Klare Marschrichtung“

Ich sehe es so, liebe Kolleginnen und Kollegen, das duale Rundfunksystem ist wesentlich für publizistische Vielfalt und auch für die Konkurrenz um Qualität in diesem Land. Und weil wir das so sehen, begleitet ver.di die aktuelle medienpolitische Entwicklung und die staatsvertraglichen Verfahren intensiv. Dazu gehört dann neben dem Telemedienauftrag insbesondere die von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder angestoßene Strukturreform bei ARD, ZDF und Deutschlandradio. Und bei dieser Überschrift geht es um die Absteckung und Beschreibung des mittelfristigen Finanzrahmens für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Definition seiner Struktur von Kooperationen, von Aufgaben und auch die Bestimmung seines zukünftigen Auftrags.

Und leider ist es so, dass für diese Strukturreform die Länderchefs eine klare Marschrichtung vorgeben und A- und B-Länder, also sozialdemokratisch, grüne und

konservativ-liberal regierte Länder, unterscheiden sich hier manchmal nur in Nuancen. Die klare Vorgabe ist, der Rundfunkbeitrag soll dauerhaft eingefroren werden. Deshalb sollen die Sender sparen, wo es nur geht. Hintergrund für diese Marschroute, ich glaube, das muss man leider so feststellen, ist offenbar die Angst davor, dass die Anti-Rundfunkkampagne der AfD und die verschärfte Zwangsgebühren-Debatte im öffentlichen Raum handlungsleitend sind für die Chefinnen und Chefs der Länder. Ich erlebe auf jeden Fall in Gesprächen, die ich gelegentlich führe mit Ministerpräsidentinnen oder mit Ministerpräsidenten oder den Chefs der Staatskanzleien, eher nicht, dass sie sich in den Wind stellen. Sie versuchen eher, sich vor dieser Diskussion möglichst elegant zu ducken.

„Massive Einschnitte“

Dabei sollte eigentlich bekannt sein, dass seit vielen Jahren die Anstalten massive Einschnitte vornehmen. Von einem Ausgleich der Inflation oder auch einer medien-spezifischen Teuerungsrate sind sie seit Jahren entfernt. Deshalb hat der Intendant des Bayerischen Rundfunks und jetzt seit neuestem auch ARD-Vorsitzende, Ulrich Wilhelm, recht, wenn er eine angemessene Steigerung des Rundfunkbeitrages einfordert. Er hatte für die heutige Veranstaltung zugesagt, musste sich aber leider kurzfristig entschuldigen lassen und hat seinen Informationsdirektor, Herrn Thomas Hinrichs gebeten, ihn zu vertreten.

Ich will vor dem Hintergrund der aktuellen Papiere und Diskussionen, die es ja gibt auch seitens ARD und ZDF, sagen: Aus unserer Sicht spricht gar nichts gegen eine Verstärkung sinnvoller Kooperationen zwischen den Sendern. Wenn dadurch Kosten gespart werden, ist das gut. Natürlich auch gut für die Beitragszahlerinnen und den Beitragszahler. Aber ein dauerhaftes Einfrieren des Rundfunkbeitrages würde unweigerlich zu Einschnitten im Programm und zu einer Reduzierung von Vielfalt führen und das wollen wir eindeutig nicht.

Völlig kontraproduktiv ist auch die derzeit sich zuspitzende Konfliktlage zwischen den Verlegerverbänden und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Und verbale Entgleisungen wie die von Mathias Döpfner, dem Springer-Chef, aber er hat sie in seiner Funktion als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger getätigt, in dem das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in Deutschland in die Nähe des nordkoreanischen Staatsfunks gerückt wird, sind schlicht und ergreifend unakzeptabel. Aber auch nicht jede Reaktion und Vorgehensweise der ARD ist wirklich klug.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fachgruppe Medien in ver.di organisiert als

Interessensvertretung ungefähr 40.000 Mitglieder von Kinobeschäftigten über Filmschaffende, über Kolleginnen und Kollegen im Rundfunk, ob privat finanziert oder öffentlich-rechtlich und natürlich in Verlagen. 25.000 unserer Mitglieder arbeiten als professionelle Journalistinnen und Journalisten ob im Radio, im Fernsehen, print oder online. Und wir sprechen als ver.di mit einer Stimme für diese Medienprofis egal ob sie fest angestellt sind oder frei arbeiten. Wir stehen hinter unseren Kolleginnen und Kollegen, machen sie dadurch stark.

Die Gräben, die derzeit das Mediensystem prägen und die in das Mediensystem gepflügt werden, sie spalten, sie nutzen aber am Ende niemandem. Kein Kollege, keine Kollegin in einer Tageszeitung hat verbesserte Bedingungen, wenn sich die Bedingungen bei den Kolleginnen und Kollegen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschlechtern. Vermutlich wäre sogar das Gegenteil der Fall, aber wir wollen es gar nicht erst

auf diesen Praxistest ankommen lassen. Unser Ziel ist, Gräben zu schließen und eine neue Stärke zu entwickeln. Stärke für starke Medien, die unverzichtbar sind für den Erhalt unserer Demokratie.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ist also die Folie, der Hintergrund für den jetzt 31. Deutschen Journalistentag. Unsere Tagung soll dazu beitragen zu schauen, wo wir in Sachen Pressefreiheit stehen und wohin die Reise in die Zukunft gehen kann. Dabei freue ich mich über die wirklich hochkarätigen Referentinnen und Referenten, die heute mit uns den Tag bestreiten und prägen werden und ich wünsche uns spannende Diskussionen und zahlreiche Erkenntnisse. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

*

Frank Werneke ist stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di. ■

„Eine Grundsatzklärung herbeiführen“

Ulrich Chaussy über die Entwicklung der Gegenöffentlichkeit in Deutschland

Ich habe ja so ein bisschen den Sonntagsrednerpart hier. Ungewohnt für mich: Was schert uns die Pressefreiheit, und warum brauchen wir sie? Bei der Vorbereitung dieser Rede, pardon, man sagt ja heute Keynote, bei der Suche nach einem keynotewürdigen Gedanken habe ich den Einladungsflyer betrachtet und kam ob dieser subtilen Gestaltung ins Grübeln. Und dann hat mich, wie sich das für eine Keynote gehört, ein Schlüsselerlebnis ereilt.

Es steht ja riesig groß in Versalien der Artikel 5 GG, eigentlich der Klassiker schlechthin zum Thema Pressefreiheit in unserem Land, auf dem Flyer. „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Dabei steht ja das Wort Pressefreiheit so riesig groß über diesen Sätzen wie der Name eines teuren Toten oben auf einem Grabstein. Oder der Name eines verdienstvollen Menschen über einer Gedenktafel an einem Haus, in dem er, respektive sie, leider nicht mehr lebt. Es könnte ja sein, assoziiert man bei der etwas kleiner gesetzten Unterzeile, die ja kaum verschlüsselt das Geburtsdatum

und Alter unserer Honoratorin andeutet. Artikel 5 GG, das verweist auf den Geburtstermin 23. Mai 1949, die Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn. Das sind bald 69 Jahre und für eine Freiheit in Deutschland eine bisher nicht gekannte Lebenserwartung.

„Fit wie ein Turnschuh“

Die Steinplatte, ihr seht es, ist von Rissen durchzogen, ja sogar gebrochen. Das brachte mich auf die Idee, vorsichtshalber nachzuschauen, ob denn eigentlich Artikel 5 heute, 2018, noch der gleiche ist wie 1949. Oder hat auch er Änderungen erfahren – ich korrigiere, in der Keynotesprache: Updates, wie einige benachbarte Grundgesetzartikel. Denkt etwa an Artikel 4, der nur vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung wusste und nichts vom Wehrdienst, der dann mit dem voluminösen Artikel 12a sich in den Grundrechtekatalog einpeiste. Und denkt an den Vierwortesatz Art 16 Abs. 3: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Dem 1993 der Asylrechtsaushöhlungs-Monsterartikel Grundgesetz Artikel 16a an die Substanz ging.

Ich habe also meine schwer vergilbte Schulausgabe aus dem Jahr 1964 aus dem Regal gezogen und zu Rate gezogen. Und verglich den Artikel-5-Text von damals mit dem heute gültigen. Den habe ich aus dem Netz

gezogen. Und ich kann Entwarnung geben. Nicht ein Jota ist seit 1949 verändert worden. Nichts hinzugefügt und nichts verschlimmbessert. Nichts gestrichen worden. Vergesst also meinen assoziativen Fehlgriff mit dem Grabstein. Verfassungsrechtlich gesehen erfreut sich die Pressefreiheit bester Gesundheit. Der Artikel 5 ist nicht amputiert. Wie wir in Bayern sagen, ist er pumperlgund. Oder keynotemäßig: fit wie ein Turnschuh.

Aber die Verfassungswirklichkeit? Die vergilbte Grundgesetzausgabe mit den Eselsohren beamte mich erinnerungsmäßig zurück in die Debatten der 60er Jahre damals zwischen Sozialkundeunterricht und Schülerzeitungsredaktion. Und brachte die Erinnerung zurück an die damals berühmteste und meistdiskutierte kritische Replik auf den hehren Verfassungsanspruch von „jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.“ Diese Replik stammte von dem konservativen Publizisten und Journalisten Paul Sethe und lautete: „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Sethe hob ab auf die schon damals rasant voranschreitende Konzentration im Zeitungswesen, von der er – und nicht nur er – eine Gefahr für die Meinungsvielfalt ausgehen sah: „Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert“, so Paul Sethe damals, „wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher.“

„Ein ungeheuerlicher Vorgang“

Was das hieß damals in den 60er Jahren, wurde hier in Berlin offensichtlich, als der unbewaffnete Student Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 nach einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des iranischen Potentaten Schah Reza Pahlevi von dem gänzlich unbedrohten Zivilpolizisten Karl-Heinz Kurras von hinten erschossen wurde. Die Berliner Zeitungen, damals zu 69,7 Prozent im Besitz des Axel Springer Verlages, unterdrückten und verdrehten mit ihrer publizistischen Übermacht die Tatsachen und gaben dem Studenten die Schuld an den, wie sie es nannten, Krawallen und dem Todesopfer Ohnesorg. Ein ungeheuerlicher Vorgang. Ein unbewaffneter Student, mit anderen auf der Flucht vor Wasserwerfern und prügelnden Polizisten, wird erschossen, wird zum Opfer und wird dann zum Täter erklärt.

Deswegen versteht man ganz gut, was damals gedacht wurde. Die Manipulation des Bewusstseins der großen Masse der Bevölkerung. Ihre Mobilisierung gegen die kritische Studentenschaft wurde neben dem Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen die damals erste große Koalition und die geplanten Notstandsgesetze, zu dem Thema der Studentenrevolte.

Rudi Dutschke, Gastón Salvatore und weitere Aktivisten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS und der spätere Schriftsteller Peter Schneider brachten die Anti-Springer-Kampagne ins Rollen. „Enteignet Springer“, lautete die zentrale Forderung. Aber was so großmächtig klang, war ja Pfeifen im Walde. Die Studenten fürchteten, vollständig isoliert und diskriminiert zu werden. Sie fühlten sich wehrlos. Sie suchten für sich nach Instrumenten einer, der Begriff wurde damals erfunden, „Gegenöffentlichkeit“.

„Geschlossene Westberliner Frontstadt-Presse“

Denn was hatten sie zu bieten in den Junitagen 1967? Ihre Flugblätter. Ihren Einsatz, täglich zu Hunderten – aber einzeln, denn es herrschte Demonstrationsverbot in Berlin – auf den Kudamm auszuschwärmen und den Versuch zu machen, mit den Bürgern irgendwie ins Gespräch zu kommen. Und auch so eine kleine Revolte in dieser damaligen Entwicklung: Für einige Tage wurden einige Tausende Exemplare der Münchner „Abendzeitung“ eingeflogen. Einer liberalen Boulevardzeitung aus München, die den Kampagnenjournalismus der damals fast geschlossenen Westberliner Frontstadt-Presse aufbrach, weil sie auch die Informationen der studentischen Seite prüfte und der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild der Geschehnisse vermittelte.

Man kann sagen, dass damals, wenn Träumen geholfen hätte, die rebellischen Studentinnen und Studenten sich in einer Art Science-Fiction ein Medium herbeigewünscht hätten, mit dem sie, ohne einen Schritt vor die Tür zu setzen, ohne eigene Rotationspressen anzuschaffen und anwerfen zu müssen, ihre Informationen und ihre Sicht der Dinge der Öffentlichkeit unterbreiten könnten – am besten weltweit. Trotz aller sehnsüchtigen Wünsche der Studentenrebellens und der Vietnamkriegsgegner nach einem solchen Wundermedium, haben in den 1968 folgenden Jahren aber nicht sie das Internet erfunden, es war – Ironie der Geschichte – ausgerechnet eine vom US-Verteidigungsministerium finanzierte Projektgruppe.

Gleichwohl eine medientechnische und politische Fußnote der Studentenrevolte gab es hier in Berlin zur Jahreswende 67/68. Radio Revolution hieß ein, wenn man so will, Piratenradio, das einer der wenigen Elektrotechnik studierenden SDS-Genossen Rudi Dutschke angedient hat. Dutschke beschaffte Geld, und der Ingenieursstudent baute die Hardware. Einen mobilen, in einen VW Käfer passenden Sender, um nicht sofort von den Peilwagen der Post aufgespürt zu werden. Das Projekt kam nicht über zaghafte Anfänge hinaus. Die erste Sendeanlage strahlte, und das nur für kurze Zeit, auf einer unbekanntem UKW-Frequenz aus. Jede Sendung hätte also per Flugblatt angekündigt werden

müssen, um von Menschen gehört zu werden, die nicht sowieso schon eingeweiht waren.

„Gegenöffentlichkeit organisieren“

Version zwei dieses Radio-Revolution-Senders benutzte die Tonsequenz des Ersten Deutschen Fernsehens und schaffte es ein paarmal in einem eng begrenzten Umkreis hier in Westberlin, den Bildschirm zur „Tagesschau“-Zeit für ein paar Minuten schwarz werden zu lassen und anstatt Chefsprecher Karl-Heinz Köpcke die rauhen Stimmen der Revolte zu Gehör zu bringen.

Gegenöffentlichkeit organisieren, das war also vor 50 Jahren das begonnene Konzept, Presse- und Meinungsfreiheit nicht nur 200 reichen Leuten, sondern, wie vom Grundgesetz vorgesehen, allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, auch wirtschaftlich einflusslosen, auch Minderheiten. Fundament jedweden Projektes von Gegenöffentlichkeit war naturgemäß gesunde Skepsis gegenüber offiziellen Verlautbarungen. Dazu verhelfen kann die Erschließung interner Quellen, deren Mitteilungen man zum Schutz der Informationen vertraulich behandeln, die man aber sorgfältigste prüfen muss. Auf jeden Fall geht nichts ohne die Grundlage Recherche, Recherche und noch mal Recherche. Denn wer im etablierten Mediendiskurs keine Stimme, keine Macht und kein Kapital hatte, musste die Legitimität, in ihm gehört zu werden, überhaupt wahrgenommen zu werden, mit doppelter Anstrengung erwerben mit dem Sammeln von belegbaren Fakten.

Das war dann auch schon so beim studentischen Ermittlungsausschuss zur Untersuchung des Todes von Benno Ohnesorg. Zeugenaussagen wurden aufgezeichnet, Fotos und alle erreichbaren Materialien gesammelt – und nur mit dieser seriösen Beweissicherung waren die Falschbehauptungen seitens der Polizei, des Senates und des überwiegenden Teils der Berliner Medien zu widerlegen. So kam dann ja unter anderem heraus, was am 2. Juni am Anfang der Eskalation der polizeilichen Gewalt, dieser wahnsinnig aufgeladenen Polizeitruppen, stand. Nämlich die über Polizeifunk verbreitete Lüge, ein Demonstrant habe einen Polizisten erstochen. Den Begriff „Fake News“ kannte man damals noch nicht, aber ihre Wirkung haben sie schon entfaltet.

„Scheitelpunkt des Kampagnenjournalismus“

Der Anspruch und die einzige bescheidene Möglichkeit der oppositionellen Studenten, aus der Defensive zu kommen, war es, Aufklärung zu organisieren. Sie kämpften darum, ihre Informationen und ihre darauf gegründeten Überzeugungen und Forderungen in den hoffentlich lebendigen und hoffentlich kontroversen öffentlichen Diskurs einzuspeisen und damit an ihm

teilzunehmen und auf ihn einzuwirken. Und manche werden vielleicht sagen, es blieb doch ohne Erfolg. Der Todesschütze von Benno Ohnesorg wurde freigesprochen. Aber der kritische Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Verlautbarungen von Obrigkeiten jeder Art, ob Polizei, Justiz oder Regierung oder mächtige Leitmedien, war geschärft. Und im Urteil der Geschichte bleibt zwar das Freispruchurteil des Todesschützen Karl-Heinz Kurras in Erinnerung – als Skandal.

Der dramatische Scheitelpunkt des Kampagnenjournalismus kam aber erst noch, am 11. April 1968. An diesem Tag schoss der junge Arbeiter Josef Bachmann in Berlin auf dem Kurfürstendamm Rudi Dutschke an den Rand des Todes. Wie Dutschke stammte der Attentäter Bachmann aus der DDR. Er war vor dem Mauerbau als Kind mit seiner Mutter aus der DDR gekommen. Jahrelang ist der Hass des Jugendlichen Bachmann auf den Kommunismus in der rechtsradikalen Szene Niedersachsens geschürt worden. In dieser Zeit erwog er zum ersten Mal ein politisches Attentat gegen den Staatsratsvorsitzenden, SED-Chef und Erbauer der Mauer, Walter Ulbricht, bei einem damals angekündigten Besuch in Westdeutschland, der dann nicht stattfand.

Sein späteres Opfer Rudi Dutschke kannte Josef Bachmann nur aus der Presse. Auch aus der „Bild“-Zeitung, vor allem aber aus der rechtsextremen National- und Soldatenzeitung. Er hatte deren Titelseite vom 22. März 1968 mit der Überschrift „Stoppt Dutschke jetzt, sonst gibt es Bürgerkrieg“ in seinem Gepäck. Auf dieser Titelseite waren unter der Überschrift fünf Fotografien Dutschkes wie aus der Fahndungskartei der Polizei abgedruckt. Bachmann hatte diesen Zeitungsartikel zur Orientierung dabei, um Dutschke zu erkennen.

„Mediales Zerrbild“

Die Wut der Demonstranten bundesweit bei den bis heute schwersten bundesweiten Unruhen am Osterwochenende 1968 richtete sich gleichwohl in allen westdeutschen Großstädten gegen die Redaktions- und Druckereigebäude des Springer-Verlages, um die Auslieferung der Springer-Zeitungen, vor allem der „Bild“-Zeitung zu verhindern. In Berlin wurden die Auslieferungsfahrzeuge des Verlages in Brand gesteckt. Übrigens unter tätiger Mithilfe des erfolgreich in die linke Szene eingeschleusten V-Mannes des Berliner Verfassungsschutzes Peter Urbach. Aber das ist eine andere, wenngleich auch sehr interessante Geschichte.

Mit dem Dutschke-Attentat sind wir bei einem heutigen Thema: öffentlich verbreitete Hetze und Hate Crime. Für die Demonstranten lag es damals auf der Hand, dass die Zeitungen des Springer-Verlags quasi alleine Josef Bachmann zu seinem Attentat auf Dutschke veranlasst

hatten. „Die Kugel Nummer 1 kam aus Springers Zeitungswald. Ihr habt dem Mann die Groschen auch noch dafür bezahlt“, so textete Wolf Biermann damals in seinem Lied „Drei Kugeln auf Rudi Dutschke“. Und die Fixierung der 68er-Rebellen auf die manipulative Rolle der Springer-Presse war so stark, dass in diesem Fall niemand die Darstellung von Polizei und Justiz in Frage stellte und nachprüfte, Bachmann sei ein absoluter Einzelgänger und Einzeltäter gewesen.

Auch nicht die Nebenklage im Prozess, der Nebenklägervertreter war damals Horst Mahler für Rudi Dutschke. Hätte er in die Ermittlungsakten geschaut, hätten sich klare Ansatzpunkte für ein waffenaffines, rechtsextrems Milieu gefunden. Sie hätten zu einem NPDler geführt, den Bachmann direkt namentlich benannt hatte, der ihn über Jahre mit Waffen versorgt hatte. Von ihm stammte wahrscheinlich auch die Tatwaffe, ziemlich sicher aber die Munition, mit der er das Attentat verübt hat.

Das alles möchte ich nicht als Entlastungsstrategie für die Springer-Presse verstanden wissen. Wohl aber als Präzisierung ihres Anteils in einem eben deutlich komplexeren Geschehen. Bachmanns Hass auf den DDR-Kommunismus und dessen Repräsentanten war im rechtsextremen Milieu sozialisiert und genährt worden. Aber von Rudi Dutschke wurde ein mediales Zerrbild gezeichnet, und zwar das wider besseres Wissen. Wer sich nur etwas mit ihm und seiner Biografie befasste, der wusste, dass er dem Sowjetkommunismus und der DDR kritisch gegenüberstand. Dass er dort den Wehrdienst verweigert hatte. Dass er nicht studieren durfte und deswegen nach Westberlin kam. Dass Rudi Dutschke gezeichnet wurde als angeblicher Agent Walter Ulbrichts, der die Bundesrepublik im Auftrage der DDR und Moskaus unterminiere, das war das Produkt eines Kampagnenjournalismus. Und der ist es gewesen, der dem Attentäter Bachmann Rudi Dutschke überhaupt erst als Ziel dargeboten hat.

„Missbrauch der Pressefreiheit“

Kampagnenjournalismus ist ein Missbrauch der Pressefreiheit, der gesellschaftliche Konflikte gefährlich zuspitzt, anstatt sie zu analysieren. Und der individuelle und kollektive Feindbilder aufrichtet, anstatt die Prägungen, die Motive und Handlungsweisen von einzelnen Menschen und Gruppierungen darzulegen.

Als der Attentäter Josef Bachmann nach seiner Verhaftung allmählich begriff, dass der reale Dutschke nichts mit dem zerstörerischen Umstürzler zu tun hatte, den er glaubte, töten zu müssen, um Deutschland zu retten, begann die Reihe seiner Selbstmordversuche, von denen ihn auch Dutschke mit seinen verzeihenden

Briefen am Ende nicht abhalten konnte. Bachmann starb nach dem siebten Selbstmordversuch im Februar 1970 im Gefängnis, und Dutschke erlag den Spätfolgen des Attentats nach elf Jahren am Weihnachtstag 1979.

Ich will auf der Spur der Entwicklung der Gegenöffentlichkeit bleiben. Sie materialisierte sich in den 70er Jahren in einer Reihe von Zeitungs- und Zeitschriftenprojekten unter reger Beteiligung vieler 68er. In den Metropolen sprossen die Stadtzeitungen wie Pilze aus dem Boden. Das Role Model dafür, das Daniel Cohn-Bendit mit aus der Taufe hob, war der „Pflasterstrand“, eine Stadtzeitung in Frankfurt. Alice Schwarzer gründete „Emma“, die einstige SDSlerin Sibylle Plogstedt „Courage“ und mit vielen anderen Hans-Christian Ströbele die taz.

Auf Dauer Bestand haben nur die Projekte erlangt, die sich dann nicht darin erschöpften, bestimmten Szenen und Gruppierungen der Opposition eine Stimme und Repräsentanz zu geben, die sie eben vorher nicht hatten. Nur Medienprojekte, die sich professionalisiert hatten und sich gerade auch dem eigenen Milieu mit kritischer journalistischer Distanz annahmten, wurden ernst genommen. Sie schafften es, Teil des gesellschaftlichen Diskurses zu werden. Sie waren in der Lage, Außenseiter und Minderheitspositionen im Mainstream zur Debatte zu stellen.

„Das investigative Bazillus“

Die Gegenöffentlichkeitsbewegung hat aber weit mehr erreicht als die Bereicherung des Mediensortiments um einige neue Publikationen. Sie hat in alle etablierten Medien hineingewirkt. Print wie elektronische Medien, private wie öffentlich-rechtliche. Das investigative Bazillus, in den Anfangszeiten unserer Republik hauptsächlich im Hamburger Biotop der „Spiegel-Redaktion“ heimisch, hat sich mit der Zeit und bis heute flächendeckend ausgebreitet. Gott sei Dank. Obrigkeitsgläubiger Verlautbarungsjournalismus, ohne möglichst genau hinter die Kulissen zu schauen, disqualifiziert sich selbst und ist schon lange kein erfolgsversprechendes Geschäftsmodell mehr.

1962 hat Bundeskanzler Konrad Adenauer im Zuge der „Spiegel“-Affäre in einer einzigen, korrekt recherchierten und faktsatten Geschichte über die bedingte Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr – und vor allem, das wird immer wenig beachtet, dem nicht abwendbaren Zusammenbruch des Landes im Fall eines atomaren Konfliktes – einen „Abgrund von Landesverrat“ entdeckt. Seine Wertung „Landesverrat“, die damals noch die halbe Republik erschauern ließ, teilt heute kein Mensch.

Als dieser Vorwurf „Landesverrat“ im Mai 2015 wieder einmal erhoben und von der Bundesanwaltschaft gegen den Kollegen Markus Beckedahl von „netzpolitik.org“ wegen der Veröffentlichung von Verfassungsschutzpapieren in Onlinenetzwerken ermittelt wird, da wundert sich die Republik. Eine Veröffentlichung, die die Bürger über ihre geplante Ausforschung durch den Verfassungsschutz informiert, soll Landesverrat sein. Am Ende muss Generalbundesanwalt Harald Range seinen Hut nehmen. Ein Mann, der übrigens meinen Respekt hat, weil er anders als seine fünf Vorgänger als Generalbundesanwälte nach 32 Jahren die Ermittlungen zum Oktoberfestattentat wiederaufgenommen hat – und das Verfahren gegen „netzpolitik.org“ ist ja nach seiner Demission dann eingestellt worden.

„Checks and Balances“

Die Bürgerinnen und Bürger wollen über ihre Sicherheitslage, über wirtschaftliche und ökologische Probleme korrekt informiert und nicht von der Politik, von der Wirtschaft, der Verwaltung oder der Justiz hinters Licht geführt, im Unklaren gelassen und seditiert werden. Aber auf der anderen Seite ist doch klar, in jeder politischen Organisation, in jedem Unternehmen, in jeder Behörde behält zumeist die Tendenz die Oberhand, Pleiten, Pech und Pannen, fragwürdige Geschäfte und darüber hinaus gar Gesetzesverstöße mit allen Mitteln nicht öffentlich werden zu lassen. Aufgeboten wird alles, was die Mäuler verschließen hilft. Dienstgeheimnis, Betriebsgeheimnis, Korpsgeist und was dergleichen mehr das Schweigen organisiert.

Zum vollständigen Bild gehört, wir wissen es, dass es auch in all diesen Organisationen die Integren und die Gedemütigten gibt, die, auch wenn sie in einer schwierigen und bedrängten Situation sind, Missstände auflegen und bereinigt wissen wollen. Wenn wir für uns und diese Informanten Presse- und Informationsfreiheit ermöglichen, dann sind wir weder Datendiebe noch „Vierte Gewalt“. Ich mag diesen großkotzigen und anmaßenden Begriff nicht. Ich bevorzuge einen englischen Begriff, für den es keine recht gute deutsche Entsprechung gibt. Wir helfen, die „Checks and Balances“ der Demokratie zu stärken. Und wir haben dabei nur eine Chance, im Widerspruch, im Streit, im Konflikt um welches Thema, um welche Geschichte auch immer zu bestehen. Die Fakten müssen stimmen und müssen belegbar sein.

Das gilt erst recht, wenn die investigativen Methoden, mit denen die Informationen gewonnen werden, angegriffen werden. Meinen und vermuten überzeugt nicht und trägt nicht, wenn es juristische Anfechtungen gibt. Deswegen müssen wir, das wissen wir alle, die in der Praxis sind, als Journalistinnen und Journalisten

immer wieder häufig mehr tun, als Presseerklärungen abschreiben sowie Pressekonferenzen und Briefings zu nutzen.

„Rissig und brüchig“

An diesem Punkt komme ich nun wieder auf unseren Grundlagentext Artikel 5 GG zurück, auf den sehr entschieden ersten Satz. Da kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, wenn es nach der umfassend zugestanden Äußerungsfreiheit, um den Erwerb von Informationen geht, da ist der Schutz der Journalisten und ihrer Gewährspersonen tatsächlich so rissig und brüchig wie die Steinplatte, auf der wir den Text eingemeißelt sehen. Da scheint mir der 69 Jahre alte Artikel doch hinter der rasanten Medien- und Technologieentwicklung zurückgeblieben zu sein, denn es heißt dazu nur – ich zitiere jetzt verkürzt die letzte Hälfte: „Jeder hat das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“

„Aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“, das ist zu wenig. Es ist zu wenig in all den wichtigen Situationen, in denen wir uns auf nicht allgemein zugängliche Quellen stützen wollen, können, müssen und wie ich meine, dürfen. Wenn wir also unsere Berichterstattung auch auf vertrauliche Informanten, auf Whistleblower und Leaks gründen. Denn mit dem uns zwar zugestandenem Zeugnisverweigerungsrecht alleine können wir unsere Informationsgeber nicht wirklich schützen. Nicht mehr in den Zeiten der digitalisierten elektronischen Kommunikation und ihrer Überwachung.

Wir mögen als Einzelne persönlich noch so verschwiegen sein und können doch unseren Informanten nicht mehr garantieren, dass sie anonym und unerkannt bleiben, sobald sie mit uns in Kontakt treten. Warum? Ein aktuelles Beispiel. Seit Jahren konnte der Bundesnachrichtendienst die Verbindungsdaten von Telefongesprächen im Ausland und zwischen Deutschland und dem Ausland ohne gesetzliche Grundlage speichern in seinem Metadatenanalysesystem VerAS, Verkehrsanalysesystem. Das ist aus einem internen BND-Rechtsgutachten hervorgegangen, das Wikileaks mit anderen Dokumenten aus dem NSA-Untersuchungsausschuss veröffentlichte. Mit diesem System konnten auch Standortdaten der Gesprächsteilnehmer ermittelt und sogar Gesprächsmitteilungen veröffentlicht werden.

Reporter ohne Grenzen hat deshalb Mitte 2015 den BND vor dem Bundesverwaltungsgericht verklagt wegen Verletzung der Vertraulichkeit der Kommunikation, insbesondere mit verfolgten Journalistenkollegen in autoritären Staaten, und wegen der Verletzung des journalistischen Quellenschutzes im Allgemeinen. Kurz vor Weihnachten 2017 kam die völlig unerwartete und

sehr erfreuliche Nachricht, der BND darf ab sofort keine Verbindungsdaten aus Telefongesprächen von Reporter ohne Grenzen mehr speichern. Und unter Berufung auf dieses Urteil – grenzenloser Dank an Reporter ohne Grenzen – können auch andere Journalisten und Organisationen der Speicherung ihrer Telefonverbindungsdaten entgegenzutreten.

Aber die sensationell positive war zugleich von einer ernüchternden Nachricht begleitet. Die Internetverbindungsdaten und somit die E-Mail-Kommunikation dürfen weiterhin überwacht werden. Weshalb Reporter ohne Grenzen in dieser Angelegenheit nun vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen ist. Ich stelle mir Reporter ohne Grenzen wie den sagenhaften Sisyphos als glückliche Menschen vor und fordere, damit es so bleibe, jeden und jede hier auf, den Kollegen und Kolleginnen beim Rollen des Steines zu unterstützen. Hilfsweise mit Spende oder Mitgliedschaft.

Und ich habe eine Anregung, einmal darüber nachzudenken, der beständigen Erosion des journalistischen Quellenschutzes mit einer Grundgesetzänderung normativ entgegenzutreten. Wie wäre es, wir würden unserem in Stein gemeißelten Satz von Artikel 5 ganze vier neue Worte hinzufügen: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und sich aus allgemein zugänglichen sowie aus vertraulich erlangten Quellen ungehindert zu unterrichten“.

Anknüpfen sollte man meines Erachtens mit dieser Präzisierung am Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Bundesverfassungsgericht hat es 1983 im Rahmen des Volkszählungsurteiles geschaffen, dieses Grundrecht. Damals, zur Erinnerung, ging es auch um eine Datensammlung, die Volkszählung, deren Inhalt und Umfang den Betroffenen nicht bekannt war, und auch die Art und Weise der Verknüpfung und Auswertung. Das Bundesverfassungsgericht verbot die Volkszählung deshalb in der ursprünglich geplanten Form. Die Begründung, und das war sozusagen die Begründung auch des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung: „Wer nicht wisse oder nicht beeinflussen könne, welche Informationen bezüglich seines Verhaltens gespeichert oder vorrätig gehalten werden, passe aus Vorsicht sein Verhalten an.“ Was das im Falle von Personen bedeutet, die mit der Entscheidung ringen, ob sie sich als Informanten an Journalisten wenden können oder sollen, das liegt doch auf der Hand: Besser den Mund halten.

„Vorbildliche egalitäre Plattform“

Was daraus folgt, sagte Bundesverfassungsgericht in seiner Begründung des Rechtes für informationelle Selbstbestimmung: Dies beeinträchtigt nicht nur die

individuelle Handlungsfreiheit, sondern auch das Gemeinwohl, da ein freiheitlich demokratisches Gemeinwesen der selbstbestimmten Mitwirkung seiner Bürger bedürfe. Also vielleicht kann man sich mal dieser medienpolitischen Frage annehmen und vielleicht auf diese Weise eine Grundsatzklärung herbeiführen.

Ich sprach anfangs davon, hätte träumen geholfen damals in den Endsechzigerjahren, dann hätten sich die rebellischen Studenten und Studentinnen in einer Art technischer Science-Fiction ein Medium herbeigewünscht, mit dem sie, ohne einen Schritt vor die Tür setzen zu müssen, ihre Informationen und ihre Sicht der Dinge der Öffentlichkeit unterbreiten könnten, am besten weltweit. In den 70er Jahren, in der Zeit der Entwicklung der Gegenöffentlichkeit, bekam diese Fantasie mit der damals wiederentdeckten Radiotheorie von Bertolt Brecht Futter. In der frühen Phase des aufstrebenden Mediums Radio Ende der 20er, Beginn der 30er Jahre, Bertolt Brecht hat viel fürs Radio gearbeitet, stellte sich Brecht folgendes vor, ich zitiere ihn:

Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens. Ein ungeheures Kanalsystem, das heißt er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen. Also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen. Der Rundfunk müsste demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren.

Bertolt Brecht bezog sich in seiner medientechnischen und politischen Utopie auf das Potenzial, das er im gerade sich rasant entwickelnden Medium Radio schlummern, aber noch nicht realisiert sah. Er und auch die Wiederentdecker seiner Radiotheorie in den 70er Jahren meinten, der Rundfunk könnte eine vorbildliche egalitäre Plattform für alle seine Nutzer werden. Ein Hörer, eine Stimme. Und jede wird gehört. Bei Brecht schwingt da eine Unterstellung mit. Je egalitärer das Medium, je kollektiver, desto dialogfördernder, vermittelnder und demokratietauglicher. Denn jeder Empfänger von Informationen und Botschaften, sprich Hörerin oder Hörer, kann dann antworten und wird zum Sender.

„Trippelschritte in Richtung Utopie“

Das Radio, wie Brecht es kannte und wie es sich bis heute weiterentwickelt hat, hat ja technisch gesehen nur Trippelschritte in Richtung seiner Utopie ermöglicht. Hörerinnen und Hörer können sich per Telefon in speziellen Call-in-Programmen zu Wort melden. Da nehmen sie zeitweise live an einem im Radiostudio

geführten Diskurs teil. Radioredakteurinnen moderieren den Austausch, sie teilen das Wort zu. Die Hörer sind für einige kurze Wortwechsel ein paar Minuten auf Sendung und können mit Experten, mit Wissenschaftlerinnen, mit Politikern, mit Künstlerinnen oder Sportlern debattieren. Gelegentlich auch mit einem Anrufer, der noch in der Leitung ist. Also mit seinesgleichen.

Klar, das bisschen Call-in konnte ja noch nicht die Erfüllung der Brechtschen Radiotheorie bedeuten. Wir Nachgeborene des 1956 verstorbenen Dichters aber dürfen seit Jahren erleben, dass sich rein technisch gesehen seine Utopie mittlerweile einhundertprozentig erfüllt hat. 2,07 Milliarden Menschen, alleine 30 Millionen Deutsche, man nennt sie und uns jetzt User, nutzen Facebook. Jenes System, das man dem Augsburger Dichter als eine Art Fortentwicklung des Rundfunks erklären müsste, bei dem wie von Bert Brecht gewünscht jeder einzelne Botschaften an jeden anderen schreiben und schicken und in den Genuss von Botschaften all der Anderen kommen kann. Jede und jeder hat die Freiheit, sich zu äußern mit Texten, Bildern, Tönen, Smileys. So eine Art Presse- und Meinungsfreiheit für alle. Also müssten wir jetzt tatsächlich in diesem wohligh entspannten Stadium des gesellschaftlichen Dialoges angelangt sein, von dem Bertolt Brecht in seiner Radiotheorie hörbar schwärmt. Ich zitiere ihn erneut:

Der Rundfunk muss den Austausch ermöglichen. Er allein kann die großen Gespräche der Branchen und Konsumenten über die Normung der Gebrauchsgegenstände veranstalten, die Debatten über die Erhöhung der Brotpreise, die Dispute der Kommunen. Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist.

Verehrter Meister Brecht, nachdem Sie uns am Ende Ihrer Radiotheorie persönlich ansprechen, versuchen wir zurückzumorsen. Ich hoffe, Sie oder ein Avatar von Ihnen können uns hören im Dichterolymp. Ich gehe davon aus, dass der mittlerweile von einem findigen Internetunternehmer an das World Wide Web angeschlossen sein müsste. Irgendwas läuft schief im egalitären Kommunikationsuniversum, das ein Herr Zuckerberg weitgehend nach Ihren radiotheoretischen Vorstellungen errichtet hat. Bei den Gesprächen der Branchen läuft es nicht so gut, weil die einen die anderen Betrüger nennen, sich von den anderen, die für sie Nichtskönner sind, nichts sagen lassen und sie beschimpfen. Bei der Brotpreiserhöhungsdebatte tobt der Streit zwischen den Anhängern einer Verschwörung der weltweiten Weizenhändler und den Vertretern der Bäckermafiatheorie.

Das Kommunikationssystem ist wirklich genial, es gibt nur, Meister Brecht, gewisse Probleme mit der Sachlichkeit und mit den Fakten und den alternativen Fakten. Mit der Freundlichkeit und mit der Verständigung und mit der Wahrheit und damit, was man denken und was man für richtig und falsch halten soll. Meister Brecht, wir brauchen dringend Ihren Rat. Lassen Sie uns einen zweiten Plan machen. Es muss ja nicht immer so sein, dass beide nicht gehen. Danke.

*

Ulrich Chaussy ist Journalist und Autor. Einer breiten Öffentlichkeit wurde er vor allem durch seine Recherchen zum Oktoberfest-Attentat von 1980 bekannt. ■

„Permanent schlechtes Gewissen“

Christian Mihr über die Pressefreiheit in der Welt

Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, hier zu sein, zum einen, weil ich langjähriges dju- und ver.di-Mitglied bin und zum anderen, dass ich auch mal bei einem Journalistentag sein kann. Ich freue mich aber auch, um im Bild von Ulrich Chaussy zu bleiben mit dem Sisyphos, weil die dju seit vielen Jahren ein ganz, ganz wichtiger Partner von Reporter ohne Grenzen ist beim Hochrollen des Steins für die Pressefreiheit. Und deswegen finde ich es auch wichtig, dass die dju den Journalistentag dieses Jahr zum Thema Pressefreiheit veranstaltet.

Ich wurde gebeten, einen Überblick über die Welt zu geben. Da ist es bei einer großen Welt manchmal gar nicht so einfach, Schwerpunkte zu setzen. Aber da wir den Anspruch haben, auch ohne Grenzen zu sein, muss ich mich dieser selbst gestellten Herausforderung sehr oft stellen und ich versuche deshalb einen kleinen Überblick über die Lage der Pressefreiheit in der Welt zu geben und muss dabei auch zwangsläufig ganz viel weglassen, über das ich gerne vielleicht was erzählen würde.

„Kein Grund zur Beruhigung“

Es wurden ja auch schon einige Zahlen erwähnt vorhin. Diese Zahlen schauen wir jetzt genauer an mit Blick auf unsere Bilanz der Pressefreiheit, die wir einmal im Jahr veröffentlichen, die wir aber auch täglich fortschreiben auf unserer Webseite mit einem sogenannten Barometer der Pressefreiheit. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 65 Medienschaffende getötet und 54 Medienschaffende entführt, zwei werden vermisst. Insgesamt waren zum Jahresende 326 Medienschaffende in Haft.

Wie sind diese Zahlen nun zu verstehen? Es wird gesagt, die Lage sei so schlimm wie nie. Einerseits könnte man das sagen, wenn man die Zahl der getöteten Medienschaffenden anschaut, obwohl sie etwas runtergegangen ist. Aber das ist kein Grund zur Beruhigung, wenn man die Entwicklung vom Jahr 2017 zu 2016 schaut. Denn 65 Medienschaffende sind immer noch 65 zu viel. Zudem beobachten wir – vor allem im Rahmen unserer Nothilfe, die wir neben der politischen Arbeit, neben der Öffentlichkeitsarbeit machen –, dass extrem viele Journalisten ihre Länder, in denen sie wegen ihrer Arbeit in Gefahr sind, verlassen, fliehen müssen. Und in Ländern wie Syrien, die lange Zeit die Statistik nach oben getrieben haben gerade bei Bürgerjournalisten, ist unabhängiger Journalismus mittlerweile extrem schwierig. Das ist auch ein Erklärungsfaktor, warum die Zahl der getöteten Medienschaffenden zurückgegangen ist.

Aber Reporter ohne Grenzen differenziert ja diese Zahl der Medienschaffenden immer zwischen sogenannten professionellen Journalisten und Bürgerjournalisten und Medienmitarbeitern. Unter professionellen Journalisten verstehen wir hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten. Egal ob festangestellt oder frei. Bürgerjournalisten sind Menschen, die ganz oft Informationsvakuum füllen in Ländern wie Syrien, in Ländern wie Bahrain. Das sind Menschen, die eigentlich nur dank Facebook, dank Twitter, dank YouTube eine publizistische Kraft entfalten können. Nicht unbedingt nach professionellen, journalistischen Kriterien. Aber vieles, was wir aus Ländern wie Syrien wissen, wissen wir, weil mutige Leute Informationen aus Gebieten in Syrien, wo keine Journalisten mehr sind, veröffentlicht haben. Deswegen ist das für uns auch eine ganz wichtige Kategorie, die Bürgerjournalisten. Und wir als Reporter ohne Grenzen sagen deswegen auch, dass wir Journalisten in einem sehr weiten Sinne verteidigen, dass wir Journalismus letztlich in einem sehr weiten Verständnis verstehen. Medienmitarbeiter sind Tontechniker, Kameraleute, ...

„Stimmt da was nicht?“

Eine wichtige Zahl ist auch noch, dass 26 Journalisten bei der Arbeit getötet wurden im vergangenen Jahr. Also in einem Kriegseinsatz an einer Front, wenn sie Soldaten begleitet haben oder in einer Risikosituation waren. Aber die meisten der 39 Getöteten im vergangenen Jahr waren Medienschaffende, die gezielt ermordet wurden, die aufgespürt wurden und dann auf offener Straße oder an der Haustür ermordet wurden. Interessant ist auch noch ein Blick auf die Genderbilanz. Insgesamt wurden mehr Männer als Frauen ermordet. Und der Großteil der ermordeten Medienschaffenden waren Einheimische und nicht unbedingt ausländische Korrespondenten, die in eine Region entsandt wurden. Über die Genderfrage mache ich mir manchmal Gedanken, wie das eigentlich zu erklären ist. Da kann man sicherlich lange und breit drüber diskutieren. Wir hinterfragen auch manchmal sozusagen unser eigenes Instrumentarium. Stimmt da was nicht? Aber das ist vielleicht eine andere Debatte. Aber ich denke, wenn man sich Journalismus in schwierigen Regionen anschaut, bildet das schon ein die Wirklichkeit ab.

Ein ganz wichtiger Punkt ist auch noch, dass ein ganz großer Teil außerhalb von Konfliktregionen, also von klassischen Kriegsregionen wie Syrien, ermordet wurde und da komme ich gleich im Detail noch zu, was das heißt. Insgesamt habe ich hier noch mal einen ganz kurzen Überblick aufgeschlüsselt zu den professionellen

Journalisten, durch den man sieht, wie sich die Zahl der Tötungen entwickelt hat. Wir sind heute ungefähr auf dem Stand von 2003. Einen Höhepunkt gab es 2012, 2013, als sehr viele Journalistinnen und Journalisten noch Korrespondenten in Syrien waren, die dort gezielt ermordet wurden. Wenn wir es mal auf Länder runterbrechen – das ist immer ganz einprägsam, um auch über die Lage weltweit und über die Unterschiede einen Überblick zu gewinnen – dann sind Syrien und Mexiko die gefährlichsten Länder für Medienschaffende weltweit. Die Jahresbilanz wurde am 19. Dezember veröffentlicht. Und tragischerweise ist kurz nach Weihnachten in Mexiko ein weiterer Medienschaffender, ein professioneller Journalist in Veracruz, ermordet worden.

„Vermeintlich sicheres Herkunftsland“

Die beiden Länder sind auch deshalb interessant, weil sie sehr gut zeigen, in welchen unterschiedlichen Regionen Journalistinnen und Journalisten in Gefahr geraten können. Syrien, in dem seit vielen Jahren ein Krieg tobt, in dem unabhängiger Journalismus fast nicht mehr möglich ist. Während Mexiko ein Partner der westlichen Welt ist – Deutschland und die EU schließen zum Teil sehr fragwürdige und kritikwürdige Sicherheitskooperationsabkommen mit Mexiko, einem Land, das eine mehr oder weniger entwickelte und korrupte Demokratie ist. Ein Land, in dem Journalistinnen und Journalisten permanenten Gefahren ausgesetzt sind, nicht unbedingt von staatlicher Seite, eher von privaten Gewaltakteuren und organisierter Kriminalität. Das staatliche Versagen ist in Mexiko deutlich erkennbar, weil es zwar staatliche Schutzprogramme gibt, die aber sehr oft nicht funktionieren, unter anderem weil sie korrupt sind. Ich war vor kurzem mal wieder in Mexiko und viele der Journalistinnen und Journalisten dort sagen, sie gehen zur eigenen Sicherheit gar nicht mehr in ein Schutzprogramm, weil sie diesem nicht vertrauen. Das ist natürlich besonders tragisch.

Die anderen Länder spiegeln das, glaube ich, ähnlich gut wider. Die Philippinen sind auch kein klassisches Kriegsland, aber ein sehr gefährliches Land. In Afghanistan, was ja manchmal als vermeintlich sicheres Herkunftsland bezeichnet wird, ist die Bedrohungslage für Journalistinnen und Journalisten weiter sehr hoch.

Diese Zahlen können einen ja manchmal auch ein bisschen erschlagen und deswegen will ich jetzt, ohne jeden Fall ausführlich darzustellen, ein paar Gesichter und Namen erwähnen. Es sind sehr unterschiedliche Fälle von Journalisten, die außerhalb ihrer Heimatländer getötet wurden, die aber alle auf eine gewisse Art die besonderen Probleme für Journalistinnen und Journalisten deutlich machen. Stephan Villeneuve und Véronique Robert waren beides nach Syrien entsandte Korrespon-

denten für französische Medien im vergangenen Jahr. Während Tuba Akyılmaz eine türkische Journalistin war, die im Irak berichtet hat. Mehmet Aksoy war ein britischer Journalist, der in Syrien ermordet wurde, ebenso wie Christopher Allen im Sudan. Edwin Rivera Paz, ein honduranischer Journalist, der eigentlich schon im Exil in Mexiko war und dann hier im journalistischen Exil umgebracht wurde. Und der Fall der schwedischen Journalistin Kim Wall, die in Dänemark ermordet wurde, ist ja auch sehr bekannt geworden.

„Hohes Maß an Straflosigkeit“

In Europa gab es im vergangenen Jahr einen sehr üblen Fall: die Ermordung von Daphne Caruana Galizia, die ihrem Heimatland Malta durch eine Autobombe starb. Malta, ein EU-Mitglied, das vorher den meisten vor allem als Ziel für Pauschalurlaub ein Begriff war. Aber dass es ein hochkorruptes Land ist, in dem es kritische Journalisten schwer haben, wurde erst im vergangenen Jahr einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Gauri Lankesh ist eine Journalistin in Indien, die in Bangalore im vergangenen Jahr ermordet wurde. Sie hat sich ganz stark mit Frauenrechten beschäftigt, mit Diskriminierung von Frauen. Das ist in einer Gesellschaft wie Indien ein problematisches Thema. Dafür musste sie mit dem Leben bezahlen. Miroslava Breach Velducea ist eine mexikanische Journalistin, die getötet wurde. Sie hat viel über Korruption und organisierte Kriminalität berichtet.

Was alle diese Fälle gemein haben, ist, dass fast alle diese Straftaten bisher folgenlos blieben. Wir registrieren ein hohes Maß an Straflosigkeit weltweit. Ein weiterer gemeinsamer Aspekt: Viele dieser Journalistinnen und Journalisten wurden ermordet, nachdem sie gezielt überwacht worden waren. Zum Beispiel digital. Wir haben vor einiger Zeit eine Auswertung gemacht über Journalistinnen und Journalisten, die in Notlagen geraten sind, die ermordet oder auch verhaftet wurden. Das Ergebnis: Fast die Hälfte aller Betroffenen wurden vor der Repression gezielt überwacht. Das zeigt eine gewisse Dramatik. Die Straflosigkeit ist also ein weltweites Problem.

Auch deswegen setzen wir uns bei den Vereinten Nationen seit zweieinhalb Jahren für einen Un-Sonderbeauftragten für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten ein. Das ist ein dickes, diplomatisches Brett, für das wir da versuchen zu werben. Wir haben es mittlerweile geschafft, ein breites Bündnis zu schmieden, nicht nur von Organisationen, sondern vor allem von Staaten, die diese Idee unterstützen. Knapp 50 Staaten sind es mittlerweile, darunter auch Länder wie Kolumbien. Sie unterstützen diese Idee eines Sonderbeauftragten, der sich für den Schutz von Journalisten

bei der Uno einsetzen soll. Auch in Deutschland hat der Bundestag im vergangenen Jahr als weltweit erstes Parlament die Einrichtung eines solchen Sonderbeauftragten gefordert und wir hoffen, dass in ein oder zwei Jahren die Uno-Generalversammlung tatsächlich eine solche Position einrichten wird.

„Nicht oft im Mittelpunkt“

Ein weiteres Problem sind die Medienschaffenden in Haft. Im vergangenen Jahr waren es nach unserer Zählweise insgesamt 326. Davon ein Großteil professioneller Journalisten, aber eben viele sogenannte Bürgerjournalisten. Und wenn wir das mal in Ländern anschauen, dann sind dort die Länder China, Türkei, Iran, Syrien, Vietnam führend.

Bei Türkei vielleicht eine kurze Erklärung, warum in unserer Grafik eine vergleichsweise niedrige Zahl steht. Die Frage bekommen wir oft gestellt, weil es kursiert auch eine Zahl von 150 inhaftierten Journalistinnen und Journalisten, die auch wir benutzen. Aber unser Anspruch ist es, wenn wir über Zahlen reden, dass wir bei jedem Fall wirklich sagen können, da wissen wir, diese Person ist wegen ihrer journalistischen Arbeit in eine Notsituation geraten. In der Türkei kennen wir in vielen Fällen keine Anklageschriften, keine Polizeiverhöre, keine Polizeiprotokolle. Und deswegen gehen wir zwar davon aus, dass mutmaßlich 150 Journalistinnen und Journalisten wegen ihrer journalistischen Arbeit im Gefängnis sitzen. Aber wir können es mit unseren eigenen Recherchen vor Ort nur für 43 Journalistinnen und Journalisten ganz fest sagen.

Vietnam und China sind besonders interessant. Vietnam ist ein Land, was hierzulande nicht so oft im Mittelpunkt steht. Im vergangenen Jahr vielleicht durch die Entführung eines Oppositionellen hier im Berliner Tiergarten. Aber in Vietnam sitzen insbesondere sehr viele Bürgerjournalisten, viele Blogger in Haft. Und darunter interessanterweise, wie ich erst durch eine ROG-Kampagne vor zwei Jahren gelernt habe, sehr viele katholische Blogger. Katholische Christen, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen, aber auch ihr Recht auf Religionsfreiheit. Deswegen hatten wir vor zwei Jahren mal eine Kampagne mit dem Katholischen Missionswerk zur Lage der Blogger in Vietnam gemacht, um zu zeigen, dass Menschenrechte, teilweise das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, aber auch das Menschenrecht auf Pressefreiheit hier verletzt werden. Und man sieht dort sehr gut, dass das zusammenhängen kann.

Hinter den Zahlen von inhaftierten Journalisten, gibt es natürlich auch wieder viele Namen. Mahmud Hussein Gomaa ist ein ägyptischer Journalist, der schon seit

2016 inhaftiert ist. Ägypten ist deswegen erwähnenswert, weil auch Ägypten ja im Rahmen deutscher und europäischer Politik als ein vermeintlicher Stabilitätsanker gesehen wird. Ich denke, hier haben die EU und auch Deutschland in der Vergangenheit wiederholt Fehler im Umgang mit dem Regime von Husni Mubarak gemacht. Für den Preis von vermeintlicher Stabilität wurde bei Menschenrechtsverletzungen und Einschränkung der Rechte von Journalistinnen und Journalisten nicht nur ein Auge zugedrückt, sondern ganz, ganz, ganz viele Augen und wahrscheinlich wurde sogar nur der Rücken gezeigt und gar nicht mit dem Kopf hingeschaut. Unserer Wahrnehmung nach ist die Lage in Ägypten aktuell sehr viel dramatischer als unter allen vorherigen Regimen.

Zu Deniz Yücel muss ich nichts sagen. Zur Türkei könnte ich stundenlang reden, aber das macht dann gleich eben Ebru Tasdemir. Nguyen Ngoc Nhu Quynh ist eine vietnamesische Bloggerin in Haft, die sich ganz viel mit Polizeigewalt in Vietnam kritisch beschäftigt hat und Ahmed Abba ist ein Journalist in Kamerun, der sehr viel über Boko Haram im Norden des Landes und den staatlichen Umgang mit dieser islamistischen Miliz recherchiert hat. Und all das zeigt ganz gut, was für Themen Menschen in Gefahr bringen.

Eine letzte Kategorie, auf die ich noch eingehen will, sind die Journalisten, die zum Teil von Gruppen entführt werden vor allen Dingen in Kriegsregionen. Das sind meistens professionelle Journalisten, weil man für professionelle Journalisten, so zynisch es klingt, meistens mehr Geld bekommt, wenn private Gewaltakteure solche Leute entführen. In einigen Regionen gibt es eine regelrechte Entführungsindustrie. Wir wissen vor allen Dingen, dass in Syrien und im Jemen Journalistinnen und Journalisten gezielt entführt werden. Und viele der Gruppen, also vor allen Dingen Al-Kaida, Al-Nusra und die Huthis, haben durch Entführungen eine Haupteinkommensquelle für ihre Organisationen, weil Lösegelder gezahlt werden. Aber mit den Lösegeldforderungen gibt es zum Teil auch einen sehr unterschiedlichen Umgang. Während die USA gar keine Lösegelder zahlen, handeln einige europäische Länder dabei differenzierter.

„Strukturelle Probleme“

Man sieht hier ganz gut, dass es vor allen Dingen eben nicht staatliche Akteure sind. Und das ist eines der größten strukturellen Probleme für die Pressefreiheit heutzutage, dass wir es bei den Hauptakteuren, die Pressefreiheit bedrohen, nicht mehr mit Staaten zu tun haben, sondern mit nichtstaatlichen Gruppenakteuren, die nie eine Menschenrechtserklärung unterschrieben haben und bei denen es auch schwerfällt, zu sagen: Hallo, ihr habt die Menschenrechte verletzt. Bei Staaten

können wir zumindest ein permanentes schlechtes Gewissen auslösen. Und ich denke, niemand von uns und auch von anderen Menschenrechtsorganisationen hat keine ehrliche Antwort darauf, wie wir mit zerfallenden Staaten richtig umgehen können. Und das ist, wenn wir den globalen Trend sehen, ein wachsendes strukturelles Phänomen, dass die zerfallenden Staaten wachsen. Aber es ist auch eine Herausforderung für die Pressefreiheit, so dass wir da eigentlich als Organisation nur akut durch Hilfe und Schutz unterstützen können, aber wenig strukturell arbeiten können.

Und auch möchte ich einige Namen von entführten Journalisten nennen. Das ist der Fall des irakischen Fotografen Kamaran Nadschm. Austin Tice, ein US-Journalist, der seit 2013 in Syrien entführt ist. Baschar al-Kadumi, ein irakischer Journalist und John Cantlie, ein britischer Journalist. Und es gibt noch verschwundene

Journalistinnen und Journalisten, die von einem Tag auf den anderen einfach weg waren. Samer Assab ist auch ein pakistanischer Journalist, der sich kritisch mit dem IS und der Rolle des Geheimdienstes in Pakistan beschäftigt hat und von einem Tag auf den anderen verschwand. Mutmaßlich wurde er von der pakistanischen Militärpolizei entführt. Utpal, ein Journalist aus Bangladesch, schrieb über den Säkularismus in der Gesellschaft. Das ist in einer religiös sehr aufgeladenen Gesellschaft ein sehr schwieriges Thema. Er ist seit vergangener November einfach verschwunden. Damit sage ich erstmal herzlichen Dank.

*

Christian Mihr ist Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen in Deutschland. ■

„Wir zeigen unsere Solidarität“

Ebru Tasdemir über das Onlineportal „taz.gazete“

Wie Sie sich vorstellen können, ist es ein bisschen beschwerlich, wenn man teilweise in einer Redaktion arbeitet wie in der taz und bei den Neuen deutschen Medienmachern als Projektleiterin für das Mentoringprogramm. Also für die Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten mit anderen Wurzeln, wie Sie es gerade nannten, mit Migrationsbezug, so würde ich das nennen. Und auch für geflüchtete Journalistinnen und Journalisten. Wir haben 50 Mentees in das Programm 2018 aufgenommen, um noch mal kurz dafür Werbung zu machen, und sind auch ziemlich stolz darauf, dass jetzt ungefähr 20 geflüchtete Journalisten und 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten von renommierten, erfahrenen und tollen Kollegen ein Jahr lang betreut werden. Aber heute geht es ja nicht um das Mentoringprogramm, sondern heute geht es um die Türkei.

Ich habe auch ein paar Zahlen zusammengestellt, und zwar habe ich mich hierfür bedient bei der Abteilung Türkei von Reporter ohne Grenzen. Die Zahlen sind alle aus dem letzten Quartal, also Ende 2017. Danach sind es 122 Journalisten und Medienmitarbeiter, die inhaftiert sind. Es kursiert auch eben diese Zahl von 150. Ich weiß leider auch nicht, wie sich das genau darstellt. Aber eben wenn es keine Anklageschriften gibt, wenn es sonst keine Möglichkeiten gibt, um zu gucken, was wird da eigentlich vorgeworfen, dann ist es schwierig. Vor allem, wenn sie mit dem Terrorvorwurf angeklagt werden, heißt es ja meistens, dass man nicht als Journalist oder Journalistin angeklagt wird, sondern eben als Mittäter oder als Mitglied einer bewaffneten Terrororganisation.

„Aus der Arbeit gedrängt“

520 Journalisten werden derzeit angeklagt, sind allerdings nicht alle inhaftiert, aber das kann sich ja jederzeit ändern. Von den Inhaftierten sind 79 dem Bereich der Gülen-Medien zuzurechnen. Fethullah Gülen ist ein religiöser Führer, wohnt derzeit im Exil in Pennsylvania und wird unter anderem für den - vereitelten - Putschversuch 2016 vonseiten der türkischen Regierung verantwortlich gemacht. Er hat unheimlich viele Unterstützer in der Türkei. Oder es gab viele Unterstützer. Unter anderem auch der derzeitige Staatspräsident. Das waren bisher ganz gute Freunde. Also bis ungefähr 2012, 2013, dann kam der große Bruch. Sie stritten um die Macht. Sie sehen, wer gewonnen hat.

Und jetzt werden die Anhänger von Gülen aus dem öffentlichen Leben, aus der Arbeit gedrängt. Viele sind ins Exil gegangen. Es gibt einen Auslieferungsantrag der Türkei an die USA. Aber dem wird derzeit nicht stattgegeben. Es gab eine große Anzahl von Medienhäusern, die sich der Gülen-Bewegung verschrieben hatten, und all diese Journalisten werden derzeit angeklagt. Dann sind 24 Journalistinnen und Journalisten aus den kurdischen Medien ebenfalls inhaftiert. Wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahren anschaut, dann kann man sagen, dass im Zeitraum 2015 bis ungefähr Mitte 2016, also bis zum Putschversuch etwa um die 30 Journalisten inhaftiert waren. Ab dem dritten Quartal ist die Zahl dann extrem hochgegangen, und zwar auf über 100.

Von den 122 Journalisten befinden sich derzeit 66 noch vor Gericht. Etwa 30 sind in Untersuchungshaft. 21 sitzen derzeit ihre Strafe ab. Vier von ihnen sind in Revision gegangen und warten auf die Entscheidung der nächsthöheren Instanz.

Der Vorwurf, der den Journalisten meist zur Last gelegt wird, ist die Teilnahme am Putschversuch oder auch die Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation. Sie wissen wahrscheinlich auch, was Deniz Yücel vorgeworfen wird: Mitgliedschaft bei der PKK und auch bei der Terrororganisation, die die Regierung „Fetö“ nennt. Also die Gülen-Bewegung letztendlich. Insgesamt sind momentan 464 Journalisten angeklagt und wenn man die Beleidigungsfälle gegenüber dem Staatspräsidenten dazuzählen will, kommt man auf diese 520 Fälle. Denn in der Türkei kann man noch wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden.

„Pressefreiheit auf jeden Fall unterstützen“

Zensiert wurden im vergangenen Quartal 36 Nachrichtenwebseiten, acht Karikaturen, sechs Bücher von sehr renommierten Kolleginnen und Kollegen sowie drei Zeitungen. Im gleichen Zeitraum wurde 46 Journalistinnen und Journalisten gekündigt oder sie wurden anderweitig aus dem Job entfernt. Insgesamt verloren im vergangenen Jahr 2.708 Menschen ihren Job. Nach Angaben des türkischen Journalistenverbandes Türkiye Gazeteciler Cemiyeti (TGC) beträgt die Zahl derer, die durch die gewaltsame Schließung auch von Medienhäusern durch die Notstandsdekrete und auch durch die Schließung von Redaktionen ihre Arbeit verloren haben, ungefähr 10.000. Sie müssen sich jetzt anderweitig betätigen oder in die oppositionellen Medien gehen. Aber Sie

können sich vorstellen, dass die oppositionellen Medien nicht so wirklich viel für ihren Lebensunterhalt tun und dass es dann meist auch Brotjobs gibt neben ihrer journalistischen Tätigkeit.

Worauf Ulrich Chaussy auch schon hingewiesen hat: Es ist wichtig, dass wir die Pressefreiheit auf jeden Fall unterstützen und dass es in dem Sinne auch Projekte gibt in Deutschland. Genannt sei hier zum Beispiel das Projekt von Can Dündar, „Özgürüz“. Es startete zeitgleich mit „taz.gazete“, auch Cosmo vom WDR bietet mit „Türkei unzensiert“ ein türkisches Portal für Journalistinnen und Journalisten, die nicht mehr in der Türkei publizieren können.

„taz.gazete“ ist, glaube ich, einmalig, was die Anbindung an ein Medienhaus, also an eine Tageszeitung angeht. Wir bieten viermal in der Woche Texte auf Deutsch und Türkisch. Das machen wir seit genau einem Jahr. Und dieses Jahr geht es weiter. Also 2018 ist voll finanziert. Und zwar durch Spenden an die taz Panter Stiftung. Die taz-Leser und vielleicht auch Nicht-taz-Leser fanden das Projekt so unterstützenswert, dass wir innerhalb kürzester Zeit vollfinanziert waren.

Deshalb geht es 2018 weiter mit dem Redaktionsteam um die beiden Projektleiter Ali Çelikkan, der von „Cumhuriyet“ kam, als die Cumhuriyet-Redaktion in Istanbul letztes Jahr auseinandergenommen wurde und 17 Mitarbeiter verhaftet wurden, 14 von ihnen sitzen ja immer noch hinter Gittern. Sie kennen wahrscheinlich den prominentesten Fall, Ahmet Sik. Genau zu dieser Zeit war Ali Çelikkan gerade für ein Austauschprogramm der Johannes-Rau-Stiftung zu Gast bei der taz und hatte sich dann entschieden, nicht mehr zurückzugehen. Die taz hat sich dann in einer Redaktionskonferenz gedacht, okay, wir zeigen unsere Solidarität. Sie hatten dann ein gemeinsames Foto aufgenommen eben für die Kollegen von der Cumhuriyet. Aber nur ein Foto hinschicken mit einem schönen Gruß, das reicht nicht. Also mussten wir uns überlegen, was wir machen können. Und so sind die Projekte entstanden.

„Zusammenarbeit auf Redaktionsebene“

Initiiert wurde es dann von der Kulturredakteurin der taz, Fatma Aydemir. Canset İçpınar und ich waren zu dem Zeitpunkt freie Journalistinnen. Wir sind dann im Januar mit eingestiegen. Und derzeit sind es zwei Stipendiaten von Reporter ohne Grenzen, die bei uns arbeiten, Erk Acarer und Ali Çelikkan, und dann arbeiten noch deutsch-türkische Kolleginnen und Kollegen wie ich mit. Wir haben also Volkan Agar, Canset İçpınar und ich, alle mit Halbtagsstellen. Und dann gibt es noch Elisabeth Kimmerle, die ebenfalls die Projektleitung innehat und sie hat Migrationsbezug, denn sie spricht

super gut Türkisch und kennt sich sehr gut aus in der Türkei. Mittlerweile haben wir über 70 Autorinnen und Autoren, die für uns schreiben. Interessanterweise nennen viele ihren Namen, und sie sind sehr frei was die Kommunikation per Mail angeht. Was mich immer wieder erstaunt.

Denn das erste, was wir besprochen haben, auch zusammen mit der Chefredaktion oder mit dem Kuratorium der Taz Panter Stiftung, war: Wie steht es denn um die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen? Was machen wir, wie können wir sie schützen? Und dann haben wir festgestellt, sie schreiben uns alle über Gmail, sie whatsappen mit uns. Ich habe immer wieder nachgefragt, ob sie vielleicht ausweichen wollen auf andere Möglichkeiten. Ich hatte alle möglichen verschlüsselten Angebote geliefert. „Ich habe Telegram, Signal, Threema, was möchtest du?“ - „Nein, Whatsapp ist okay, da kann man auch telefonieren.“ Ich meinte: „Wie sicher fühlst Du dich denn?“ Und hörte: „Die lesen eh alles. Also deshalb schreibe ich dir auch über Gmail.“

Und dass die Namen veröffentlicht werden, ist, glaube ich, noch mal so ein Beweis, dass sie weitermachen wollen trotz der Repression. Ich finde es ganz spannend, dass wir uns ganz, ganz andere Gedanken gemacht haben und dass sich das anders entwickelt hat. Es gibt wenige Kolleginnen und Kollegen, die unter einem Pseudonym veröffentlichen. Und das hat dann triftige Gründe wie zum Beispiel, dass sie vielleicht noch ein wenig bei einem regierungsfreundlichen, also nicht regierungsnahen, aber bei einem regierungsfreundlichen Medium arbeiten und dann ihre Texte trotzdem veröffentlicht sehen wollen.

Was uns sehr gefreut hat: Drei Monate nach dem Beginn von „taz.gazete“ haben wir den Günter-Wallraff-Preis bekommen. Das waren Vorschusslorbeeren, aber wir freuen uns natürlich über diesen Preis. Das zweite, was uns sehr freut, ist natürlich, dass die Redaktion der „Welt“, also die Stammredaktion des Türkei-Korrespondenten Deniz Yücel, immer mal wieder Texte von uns übernimmt und auch auf unser Projekt hinweist. Das ist eine Zusammenarbeit auf Redaktionsebene, die ganz gut funktioniert von zwei eigentlich sich spinnefeind gewesenen Medienhäusern. In dem Sinne hat es Deniz Yücel ein bisschen aufgebrochen.

„50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer“

Was vielleicht auch erwähnenswert ist, dass wir eine ungefähre Gleichverteilung haben bei Autorinnen und Autoren. 50 Prozent Frauen schreiben und 50 Prozent Männer. Wir gucken, dass wir vor allem zu den Themen Minderheiten wie Armenier, Kurden, Aleviten, christliche Minderheiten Texte bei „taz.gazete“ online haben. Und

wir schauen natürlich auch, dass wir unsere Autoren bezahlen. Was auch wichtig ist. Ich glaube, den Faktor Geld, den darf man nicht unterschätzen. Die oppositionellen Medien in der Türkei, die es da natürlich immer noch gibt, sind alle sehr gering finanziert. Und deshalb sind wir quasi noch mal eine Quelle für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, um ihre Miete zu zahlen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Ich hatte noch einige Kolleginnen und Kollegen in der Türkei gefragt: Was können wir noch tun? Wir publizieren eure Texte, okay. Wir helfen natürlich am Rande, wenn jemand nach Europa auswandern will. Wenn jemand sich für ein Stipendium bewerben will. Das sind alles so kleine Arbeiten oder große Aufgaben, die wir neben der Redaktionsarbeit machen. Wie wir arbeiten, das ist eigentlich auch ziemlich spannend, denn die Texte sind natürlich nie aktuell. Die Texte fordern wir an – oder sie werden uns angeboten. Dann müssen wir die türkischen Texte redigieren. Dann müssen wir sie zurückschicken und sehen, ob es passt. Dann müssen wir sie natürlich auch auf Deutsch übersetzen. Die Textarbeit dauert eigentlich Minimum zwei Tage.

„Wir können das gar nicht leisten“

Deswegen bin ich ganz froh, dass wir noch unseren Türkei-Korrespondenten Jürgen Gottschlich haben, der bei so aktuellen Fällen wie gerade der Afrin-Operation, also der Einmarsch der türkischen Truppen in Syrien, das bearbeiten kann. Denn wir können das gar nicht leisten. Deshalb hatten wir uns gedacht, was kann man eigentlich noch tun? Wir übernehmen eure Texte. Wir

versuchen euch privat und persönlich auch zu helfen. Aber was kann die deutsche Öffentlichkeit tun? Dann haben sich einige Kolleginnen und Kollegen geäußert, ich lese das mal nacheinander vor.

Einer meinte: „Übt Druck aus auf eure Regierung. Jetzt wahrscheinlich mit den ganzen Panzerverkäufen wäre es eine interessante Form der Opposition auch hier in Deutschland.“ Eine Kollegin meinte: „Unterstützt unsere oppositionellen Zeitungen und unabhängigen Zeitungen. Da gibt es „BirGün“, „Cumhuriyet“, „Agos“, eine armenischstämmige Zeitung, wenn Sie möchten. Die Überlegung ist, dass man die Infos zu den Zeitungen auf die Seite „taz.gazete“ Seite stellen kann, mit Informationen, wie man sie unterstützen kann. Auch wenn Sie persönlich nicht türkisch lesen können, wäre es vielleicht trotzdem als kleiner finanzieller Faktor für diese Zeitungen ziemlich wichtig, das zu machen.“

Eine Kollegin meinte: „Fragt doch mal selber bei euren Redaktionen, ob sie nicht Texte übernehmen können von uns und die abdrucken können.“ Und ein anderer Kollege meinte, „Deniz Yücel kommt hoffentlich bald frei, aber ihr werdet uns wahrscheinlich alle vergessen. Das wollen wir nicht. Das möchte ich nicht. Berichtet über die Inhaftierten. Berichtet über unsere Situation. Übernehmt vielleicht auch unsere Texte und steht an unserer Seite als solidarische Kolleginnen und Kollegen.“

*

Ebru Tasdemir ist Redakteurin des Onlineportals „taz.gazete“. ■

„Erschreckende Phänomene“

Harlem Désir über Pressefreiheit in Europa

Ich möchte mich bedanken, dass ich meine Sichtweise der derzeitigen Entwicklungen im Bereich Medienfreiheit in Europa mit Ihnen teilen darf, zu einer Zeit, wo wir alle vor sehr vielen Herausforderungen stehen. Letzten November haben wir das zwanzigjährige Bestehen des Amtes „Beauftragter für die Freiheit der Medien in der OSZE“ gefeiert. Dieses Amt wurde eingeführt mit Unterstützung von Deutschland und der erste Vertreter war eine Person, die in diesem Land sehr bekannt ist, Freimut Duve. Die OSZE ist die erste internationale Sicherheitsorganisation, die die Medienfreiheit in ihr breites Sicherheitskonzept mit aufgenommen hat. Wir in der OSZE meinen, dass unsere gemeinsame Sicherheit auf den gemeinsamen Werten einer freien und demokratischen Gesellschaft basiert, einschließlich der Freiheit der Medien in allen Mitgliedsstaaten. Und das Gebiet der OSZE umfasst die Russische Föderation, die ehemaligen Staaten der Sowjetunion, auch Staaten in Zentralasien, die Türkei, die Balkanstaaten sowie die EU, die USA und Kanada.

Leider bin ich mir jetzt, 20 Jahre nach der Schaffung meines Amtes und mehr als 40 Jahre Jahre nach Verabschiedung der Helsinki Schlussakte, nicht mehr sicher, ob wir alle noch einen Konsens darüber haben, was Medienfreiheit und Sicherheit in diesem Bereich wirklich bedeuten. Leider gibt es nicht mehr viel Übereinstimmung dahingehend, vor welchen Bedrohungen und Herausforderungen die OSZE Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Medienfreiheit heute stehen.

„Körperliche Bedrohungen“

Die Sicherheit der Journalisten steht bei uns ganz oben auf der Tagesordnung. In der OSZE Region stellen Straffreiheit und die Versuche, die Sicherheit von Journalisten zu unterlaufen, die größten Herausforderungen in den freien Medien dar. Im letzten Panel wurde schon von einigen Beispielen berichtet. Seit 2017, seitdem ich ins Amt eingeführt wurde im Juli, haben mein Büro und ich begonnen, 120 Fällen in 31 Ländern zu bearbeiten und sind eingeschritten. Die meisten dieser Fälle betreffen die Sicherheit von Journalisten, ihre Freiheit, ohne Bedrohung ihrer körperlichen Unversehrtheit arbeiten zu können. Wir schreiten sehr oft in Situationen ein, wo Journalisten inhaftiert sind, wo man sie der Unterstützung des Terrorismus bezichtigt wie zum Beispiel in der Türkei. Oder wo sie aufgrund von Wirtschaftsverbrechen oder Ehrverletzungen vor Gericht gestellt werden wie zum Beispiel in zentralasiatischen Staaten. Die körperlichen Bedrohungen von Journalisten, insbesondere

auch von investigativen Journalisten, sind sehr viel breiter geworden. Das hat auch der jüngste Fall der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia, die ermordet wurde, gezeigt.

Das größte Problem bleibt die Identifikation und die strafrechtliche Verfolgung der Täter, aber auch der Drahtzieher dahinter. Wir arbeiten hier eng mit der Zivilgesellschaft und auch der Unesco zusammen. Letztes Jahr haben wir zusammen mit der Universität Wien eine Liste erstellt, wie viele Journalisten in den letzten 25 Jahren in der OSZE-Region umgebracht wurden und auch die Reaktionen der Justiz darauf. Und wir haben 399 Namen auf diese Liste setzen müssen und wir haben gesehen, dass viele Journalisten in Konfliktgebieten umgebracht werden wie zum Beispiel auf dem Balkan oder im Russland-Ukraine-Konflikt. Aber es sind auch Journalisten betroffen, die nicht in Konfliktgebieten arbeiten. Die Liste zeigt, dass innerhalb der OSZE in 85 Prozent der Fälle die Täter und die Drahtzieher bisher nicht strafrechtlich belangt worden sind. Straffreiheit bei Tötungen von Journalisten ist natürlich ein strafrechtliches Vergehen. Es ist ein Problem und es stiftet zu weiteren Taten und Aktivitäten gegen Journalisten an. Und deshalb fordern wir die Staaten und Regierungen auf, alles Notwendige zu tun, um gegen diese Straffreiheit vorzugehen.

„170 Journalisten im Gefängnis“

Was die OSZE-Region insgesamt angeht, sitzen heute ungefähr 170 Journalisten im Gefängnis. Die meisten von ihnen in wenigen Ländern, unter anderem in der Türkei und in Zentralasien, vor allem Aserbaidschan. Und auch in Russland. Es gibt unterschiedliche Formen der Anklage gegen sie und sie kennen natürlich die Situation des deutschen Journalisten, der in der Türkei in Haft sitzt. Wir sehen kriminelle Aktivitäten nicht nur von entsprechenden Gruppen von Leuten, sondern sogar auch von Staaten inspiriert. Und das ist natürlich inakzeptabel.

Aber auch in den am besten entwickelten Demokratien steht heute die Meinungs- und Pressefreiheit auf dem Prüfstand. Wir sehen, dass die Sicherheit von Journalisten nicht durch teilweise extremistische und terroristische Gruppen, wie beim Team der Herausgeber von „Charlie Hebdo“, sondern auch durch Staaten bedroht wird. Sie kennen die Situation. Im Internet werden zum Beispiel Berichte veröffentlicht, da geht es um eine bestimmte Gruppe und hinterher werden

Journalisten, die über diese Gruppe berichten, bezichtigt, Teil der Gruppe zu sein. Und leider sehen wir oft, wie die Haltung und die Meinungen von politischen Führungskräften dann derartige Entwicklungen noch beschleunigen und befeuern.

Wir haben auch das Problem der Akkreditierung gesehen, insbesondere beim G20-Gipfel, wo die Sicherheit von Journalisten extrem gefährdet war. Und was uns große Sorgen macht, sind auch die Bedrohungen und Einschüchterungen von Journalistinnen. Und sie werden explizit im Internet angegangen. Sie werden sexuell bedroht. Ihre Familien werden bedroht. Das hat eine abschreckende Wirkung auf viele.

„Offenes, globales und freies Internet“

Wir haben verschiedene erschreckende Phänomene beobachten können von Seiten der Strafverfolgungsbehörden und ihrer Maßnahmen. Es gibt die Gemeinschaft der Journalisten, die ist sehr divers. Aber wir beobachten auch Trends, wo Journalisten heute sehr viel alleine arbeiten, im Internet alleine recherchieren. Dieses Alleinarbeiten führt oft dazu, dass sie weniger geschützt sind. Im Kontext von Fake News, Falschinformationen und Propaganda ist es absolut unerlässlich, dass der ethische, der professionelle Journalismus geschützt wird und dass die entsprechenden Standards, die gelten, aufrechterhalten werden.

Eine weitere Herausforderung sind die Maßnahmen, die von Staaten ergriffen werden im Bereich der Sicherheit im Internet. Eine Priorität aller demokratischen Staaten muss es sein, ganz klarzumachen, dass die Medienfreiheit nicht im Namen der Sicherheit eingeschränkt werden darf. Wir dürfen also Medien- und Pressefreiheit nicht der Sicherheit und den Sicherheitsbedenken gegenüberstellen.

Ich bin davon überzeugt, dass es keine resiliente Gesellschaft geben kann ohne eine starke Presse, ohne Zugang zu Informationen und ohne Medienfreiheit. Das heißt, die Medienfreiheit darf nicht geopfert werden. Wir fühlen hier eine spürbare Veränderung und wir brauchen nach wie vor ein offenes, globales und freies Internet. Wir spüren jedoch eine Verschiebung, sozusagen unter unseren Füßen, die zu einem weniger offenen, weniger globalen und weniger freien Internet führen kann.

„Checks and Balances“

Natürlich ist es legitim, wie auch in der Druckpresse, im Internet gegen entsprechende rassistische, antisemitische oder terroristische Programme und Nachrichtenverbreitung vorzugehen. Aber wir müssen aufpassen, dass es nicht Trends gibt, die sehr viel weiter über dieses

legitime Interesse hinausgehen. Und wir müssen sicherstellen, dass es nicht weniger „Checks and Balances“ und nicht weniger Justizkontrolle gibt, wenn es um die Art der Regulierungen geht, die derzeit im Internet von unterschiedlichsten Staaten eingeführt werden. Und wir müssen sicherstellen, dass es nicht den entsprechenden sozialen Medien und den Internetvermittlern überlassen bleibt, zu entscheiden, welche Informationen allen zugänglich gemacht werden, welcher Inhalt online bereitgestellt wird. Dieses Thema müssen wir ganz klar mehr diskutieren. Wir brauchen mehr Transparenz und wir müssen sicherstellen, dass die Justiz letztendlich die letzte Kontrollinstitution ist.

Wir haben unsere Sorgen der deutschen Bundesregierung gegenüber ausgedrückt, was das deutsche Netzwerkdurchsuchungsgesetz angeht. Wir müssen hier ganz klar beobachten, wie sich die entsprechenden Dinge entwickeln und wir brauchen eine tiefgreifende Evaluierung der ersten Monate. Teilweise sehen wir legitime Maßnahmen gegen Volksverhetzung von Seiten der Staaten, aber wir müssen aufpassen, dass es nicht über die entsprechenden Standards und Grenzen, die zulässig sind, hinausgeht.

Wir sehen teilweise Massenüberwachungssysteme, die es den Journalisten nicht mehr ermöglichen, ihre Quellen geheim zu halten und wir sehen andere Regulierungsmaßnahmen von staatlicher Seite, die im Internet ergriffen werden, die uns Sorgen machen. Ich glaube nicht, dass, was den Schutz des Journalismus angeht, immer nur das Argument des „Kampfes gegen den Terrorismus“ zählen kann. Wir dürfen es auch nicht den Anbietern, Plattformen und Internetvermittlern überlassen, entsprechende Inhalte zu löschen und zu entscheiden, was ins Internet gestellt werden darf und was nicht.

„Medienbildung von Anfang an“

Richtig ist auch, wenn es um die Termini „Fake News“ und „Propaganda“ geht, dass wir hier ganz vorsichtig sein müssen, denn diese Termini werden teilweise auch missbraucht und in unterschiedlichen und falschen Kontexten gezeigt und genutzt. Aber die Antwort sind nicht Strafen. Die echte Antwort auf diese Herausforderung ist Qualitätsjournalismus und vor allem auch Medienbildung von Anfang an.

Das sind die wichtigsten Aspekte gewesen, die derzeit diskutiert werden insbesondere von Staaten, die jahrzehntelang demokratische Werte wie Meinungs- und Pressefreiheit unterstützt und gefördert haben. Das läuft einher mit dem Schutz der Netzneutralität. Wir kennen jene, die kritisieren, wie sich das Internet in den letzten Jahren entwickelt hat. Das Internet heutzutage ist ein

Ort geworden, wo der reale, der professionelle Journalismus bedroht wird und in Gefahr ist. Heutzutage ist ja fast jeder Nutzer seine eigene Presseagentur geworden, obgleich die entsprechenden professionellen Standards natürlich von diesen nicht eingehalten werden können.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass es in Ländern, in denen keine Pressefreiheit existiert oder existierte, durch das Internet möglich geworden ist, Zugang zu freien Onlinemedien und zu freien Informationen zu bekommen, auch von ausländischen Quellen. Und dass wir in den demokratischen Ländern eine lebhaftere und kreative Entwicklung der Online-Presse beobachten können. Ich denke, dass es eine Hauptaufgabe und eine Hauptherausforderung im 21. Jahrhundert sein wird sicherzustellen, dass alle Zugang zum Internet haben und dass der Zugang zum Internet und die Sicherheit ein Menschenrecht werden. Die freie Meinungsäußerung und der freie Zugang zu Informationen müssen für jeden Menschen auf diesem Planeten gewährleistet werden.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass es ganz wichtig ist, dass wir mit Organisationen und Vereinigungen wie Ihrer eng zusammenarbeiten. Auch in Deutschland, einem demokratischen Land, werden entsprechende Gesetze verabschiedet, auch in Frankreich und Großbritannien, die auch große Auswirkungen haben auf den Rest der Welt. Wir müssen diese Entwicklungen beobachten und versuchen, sie entsprechend positiv zu beeinflussen. Und Ihre Solidarität mit den Journalisten, die in weniger sicheren und weniger demokratischen Ländern arbeiten, ist ganz wichtig für die Welt und für uns alle. Vielen Dank.

*

Harlem Désir ist OSZE-Beauftragter für die Freiheit der Medien. ■

„Unsere Antwort fehlt“

Marta Orosz über die Medienstrategie der Populisten

Damit auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich vorstellen können, wie die Freiheit der kritischen und unabhängigen Presse innerhalb von nur einigen Jahren vor unseren Augen und sogar mitten in Europa komplett abgebaut wurde, schlage ich Ihnen ein kleines Gedankenspiel vor.

Stellen Sie sich vor, dass eine national-konservative, populistische Partei wie die AfD nicht nur 13 Prozent der Stimmen bei den Bundestagswahlen bekommt, sondern zu einer Regierungspartei wird. Können Sie sich das vorstellen? Eine solche Partei, wie Sie wissen, zittert vor kritischen Fragen und hat Angst vor Transparenz. Zu den dringlichsten Schritten einer solchen Regierung gehört deswegen immer, die kritischen Journalisten einzuschüchtern und nicht gehorsame Medien gleich oder ganz auszuschalten.

„Gestrichen, rausgeschnitten, zensiert“

Sie arbeiten als Journalist unter einer solchen Regierung und Ihnen wird eines Tages zum Beispiel untersagt, in der Berichterstattung über Fluchtsuchende und Migration Kinder zu zeigen. In den Berichten sollen nur Erwachsene, am besten nur Männer erscheinen, aber keine Kinder. Oder Sie werden zum Beispiel angewiesen das Wort „Flüchtling“ oder „fluchtsuchend“ nicht mehr zu benutzen. Stattdessen soll es in jedem Fall um illegale Einwanderer oder Migranten gehen. Statt Flucht oder Kriegsflüchtlinge wird hier über die Finanzierung von Migrantenwellen gesprochen.

Ihnen wird außerdem gesagt, dass Bewertung bestimmter Parteien gar nicht akzeptiert wird. Zum Beispiel dürfen Sie als Reporter, wenn Sie beispielsweise über die Bundestagswahlen berichten, nicht sagen, dass in den Reihen der AfD auch Politiker mit einer rechtsextremen Gesinnung sitzen. Sie fügen sich und zensieren sich selbst. Oder müssen zusehen, wie die unerwünschten Inhalte vor der Veröffentlichung gestrichen, rausgeschnitten, zensiert werden oder ganz weggeschmissen.

Stellen Sie sich vor, dass Sie all das nicht mehr mitmachen wollen. Sie werden gefeuert oder verlassen Ihren Arbeitsplatz freiwillig und versuchen Ihr Glück bei anderen Redaktionen. Wenn Ihnen die grundlegenden professionellen Standards etwas bedeuten, kommen nur noch wenige Arbeitsplätze in Frage, die nicht auf einer Linie mit der Regierung sind, sondern kritisch berichten.

Wie so vieles bekommt auch das „oppositionell“ in einer solchen Situation eine andere Bedeutung. Wie eine ehemalige Redakteurin einer Lokalzeitung in Ungarn beschrieb: „Es reicht, einfach nur über Schlaglöcher auf einer Straße zu berichten und von der Regierung wird man sofort als oppositionell bezeichnet.“ Wer sich noch retten will, wechselt zur politischen Konkurrenz und arbeitet für die Medien eines Oligarchen, der nun dem Ministerpräsidenten den Rücken gekehrt hat und ihn stürzen will. Ein Werbeslogan seines Nachrichtensenders lautet: „Wir berichten noch über die Ereignisse, so wie sie wirklich geschehen sind.“

Fakten werden wieder wichtig. Aber nur in dem Kontext, in dem der politische Gegner das Gegenteil praktiziert. Doch die Auswahl der Redaktionen, die wirklich unabhängig arbeiten, schrumpft zu einer Handvoll. Eine Datenauswertung zeigt, dass in Ungarn während 2015 noch 31 Medientitel als regierungsnah galten. Heute, also drei Jahre später, sind es um die 500 Medientitel, die zu regierungsnahen Herausgebern gehören. Auf der anderen Seite sind wenige Redaktionen geblieben, die nun ums Überleben kämpfen.

Stellen Sie sich vor, dass sich plötzlich die Chance ergibt für ein ausgewogenes, neues Medium. Es gibt ein neues Medium, welches die Debattenkultur in einem polarisierten Land fördern soll. Das ist Ihre Chance als Reporter, als Journalist. Da können Sie mitmachen. Ein bisher unscheinbarer Geldgeber wird das Vorhaben finanzieren. Toll. Nachdem das Medium sich in einigen Kreisen sogar etabliert, werden auch bald die Grenzen gezogen. Berichterstattung über bestimmte politische und wirtschaftliche Akteure sind tabu. Bald kommt die Ernüchterung. Das Medium wird von regierungsnahen Geschäftskreisen finanziert.

Es gibt auch andere Wege, die Vielfalt der Medienlandschaft abzuschaffen. Sie arbeiten für eines der ältesten und etablierten Nachrichtenportale und recherchieren zu den Geschäften einiger Regierungsmitglieder. Ihre Redaktion wird von einem deutschen Konzern finanziert, es geht um ein Prestigeprojekt. Doch als die Rechercheergebnisse der Regierung immer heikler werden, schließt die Politik einen Deal mit dem Konzern. Das Unternehmen verzichtet auf das Nachrichtenportal und bekommt dafür einen großen Geschäftsauftrag. Ein weiterer Watchdog wird ausgeschaltet. Heute werden auf dieser Plattform nur noch Schmierkampagnen gegen Oppositionelle und Regierungsmitteilungen gebracht.

Stellen Sie sich vor, Ihre Redaktion, die auflagenstärkste Tageszeitung Ungarns, wird von einem Tag auf den anderen geschlossen, das Onlinearchiv abgeschaltet, Zugänge der Redaktion von einer Minute auf die andere endgültig gesperrt. Sie recherchieren, fragen nach Hilfe in Brüssel und aktivieren Ihre Kontakte in Europa, um die Redaktion zu retten. Nicht mal die größte mediale Aufmerksamkeit konnte es verhindern, dass der österreichische Inhaber diese Zeitung zusammen mit mehreren Regionalzeitungen verkauft. Ein paar Tage später wird dieses Paket von einem Strohhalm des Ministerpräsidenten eingekauft. Die Redaktionsmitglieder wollen nicht aufgeben und veröffentlichen ihre Inhalte einmal im Jahr in der Obdachlosenzeitung. Eine Notsituation, die aber eine schwere, ungewollte Symbolik trägt. Pressefreiheit ist obdachlos geworden. Sucht nach überlebenswichtigen Spendern, nach Rückzugsorten, um das Schlimmste zu verhindern und steht stets vor verschlossenen Türen.

Wenn Sie denken, dass es hier um eine traurige Geschichte geht, die man aus der Entfernung beobachtet, dann können Sie ein böses Erwachen erleben. Die Demokratie ist seit zwölf Jahren auf dem Rückzug und diese Entwicklung geht natürlich Hand in Hand mit der Einschränkung der Pressefreiheit. In der EU fing es an mit der Orbán-Regierung. Es blieb aber nicht dabei. Die neue polnische Regierung machte alles nach, nach dem bewährten ungarischen Rezept. Öffentlich-rechtliche Medien wurden von der Regierung gekapert und mit eigenen Leuten besetzt. Kritischen Redaktionen wird das Leben zum Beispiel mit Bußgeldern schwer gemacht. In Österreich hat die neu gewählte Regierungskoalition im Koalitionsvertrag die Neuausrichtung der öffentlich-rechtlichen Sender aufgenommen. Die Muster wiederholen sich auch hier.

Populisten wissen, dass sie ihre Macht nur durch die Kontrolle über die Presse behalten können. Die jetzige Medienlandschaft ist noch groß und vielfältig genug, um sich vor solchen Gefahren zu schützen. Dennoch gibt es jetzt schon eine Partei im Bundestag, die kritische Journalisten zu ihrem Parteitag nicht reinlassen will, wie es meinem Kollegen Marcus Benzmann erging beim letzten AfD-Parteitag. Die AfD fühlt sich nicht in der Pflicht, jedem Reporter ihre Tür zu öffnen. Reporter in Deutschland wurden im vergangenen Jahr von rechten Gruppen bedroht, sogar angegriffen.

„Wir haben zugeschaut“

Dass die populistischen, nationalkonservativen Kräfte aus dem Ausland auch hier ihre Macht ausüben können und in der hiesigen Medienlandschaft mitmischen können, wird an zwei Beispielen klar. Bei seinen häu-

figen Bayernbesuchen hatte Viktor Orbán immer wieder versucht, die deutsche Presse möglichst fernzuhalten. Zumindest in den Fällen, wo er die Möglichkeit zur Autorisierung der Zitate nicht hatte. 2016 hat die CDU im bayerischen Landtag noch irgendwie Orbáns Wunsch abgewiesen. Journalisten wurden doch zugelassen, obwohl Orbán es gerne gehabt hätte, dass eine geschlossene Veranstaltung stattfindet im bayerischen Landtag. Vor einigen Tagen aber bei der CDU-Klausur im Kloster Seeon – Sie haben sicherlich die Pressekonferenz oder die Bilder im Fernsehen gesehen, nachdem Viktor Orbán eine wunderbare Bühne für seine Politik, für seine politischen Ansichten bekommen hat – ließ dann Horst Seehofer keine Fragen mehr zu.

Ein zweites Beispiel erlebe ich Tag für Tag in meiner eigenen Redaktion. Correctiv hat zusammen mit dem ehemaligen Chefredakteur von der türkischen Tageszeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, eine Redaktion gegründet. Es geht darum, die türkischsprachige Community hier, aber auch in der Türkei über Inhalte zu informieren, zu denen sie keinen Zugang mehr haben. Unsere Redaktion steht nun seit Monaten unter Polizeischutz, weil Can Dündar, der bei uns als Redaktionsleiter von „Özgürüz“ ein Büro hat, wird von Anhängern des Erdogan-Regimes bedroht. Alle zwei oder drei Stunden klingelt bei uns ein Polizist und guckt nach, ob alles in Ordnung ist.

Das größte Problem ist, das sehen wir im Fall Ungarns, eine Partei mit einem kleptokratischen System und ein beinahe autoritäres Regime schafft es nicht nur im eigenen Land, die Macht zu zementieren durch eine vollzogene Medienübernahme, sondern wird auch zu einem Beispiel für andere. Für Polen, für Tschechien, aber auch für die AfD hier. Aus dem einst schwarzen Schaf Europas, das die größte Bedrohung für die Pressefreiheit bedeutete, ist jetzt einfach eine zweite Alternative geworden. Orbán ist „umstritten“, wie neulich das ZDF „heute-journal“ formuliert hat ohne weiteren Kommentar, hat sich aber einen festen Platz in der europäischen Politik erobert. Und wir haben dabei zugeschaut und höchstens in diplomatischen Formulierungen unsere Sorgen ausgedrückt. Geben wir zu:

Unsere Antwort, die die Medienstrategie der Populisten wirkungslos machen würde, fehlt. Daran müssen wir mit glaubwürdigem, gut recherchiertem und mutigem Journalismus weiterarbeiten.

*

Marta Orosz ist Journalistin im Recherchezentrum Correctiv und Expertin für Osteuropa. ■

„Benefit für die Nutzer“

Philipp Schwörbel über die Finanzierung von Journalismusprojekten

Wenn ich an unsere jetzige Medienlandschaft denke, sehe ich eine Landschaft voller alternativer Fakten und sehr viel Populismus. Und da sind sich alle einig: Die Medien sollten das letzte Bollwerk der Demokratie sein. Was wir aber sehen, wenn wir in die aktuellen, vor allem die Onlinemedien schauen, das sind extrem polarisierende Clickbaits. Wir erleben sehr viel exzessive Werbung und zum Teil auch große Eingriffe in die Privatsphäre der Nutzer. Ich finde, dass sich die Medien in einer sehr tiefen Krise befinden.

Aber aus meiner eigenen Arbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen schöpfe ich Hoffnung. Es gibt eine neue junge Generation von Onlinepublishern, die versucht, sich direkt mit ihren Lesern, mit ihren Zuhörern, mit Zuschauern bei Youtube zu verbinden. Es ist kein klassisches Sender-Empfänger-Modell. Diese Beziehungen bauen in der Regel auf Vertrauen und genau dieses Vertrauen sorgt dafür, dass die Menschen bereit sind, für unabhängige Medien zu bezahlen. An dieser Stelle gucken mich meistens immer relativ viele Leute an: „Sag mal, glaubst du das wirklich, dass Menschen im Internet bereit sind, für Inhalte zu bezahlen?“ und ich sage: „Ja, das funktioniert, das klappt und es ist sogar sehr, sehr erfolgreich möglich!“

„Paid-Content-Strategien“

Es gibt dafür auch eine ganze Reihe von Gründen. Spotify, Amazon Prime oder Netflix sind vor allem im Video- und Musikbereich Player, die den Weg dafür bereitet haben. Wenn die Leute gelernt haben, dass es einfach ist, etwas im Netz zu abonnieren, dann tun sie es auch. Und wenn man jetzt auf die großen Player im Journalismus guckt – die „Washington Post“, die „New York Times“ – dann fahren alle ihre Abomodelle, ihre Paid-Content-Strategien nach oben. Der „Guardian“, der ein freiwilliges Modell fährt – ich bin nicht sicher, ob die Zahl so stimmt – macht schon mehr Geld mit Onlineabos als mit der Werbung. Also dieser Trend ist ungebrochen.

Da kann man natürlich sagen, das sind die Großen, die können das, die haben auch die Macht. Aber das stimmt nicht. Es sind auch die Kleinen, bei denen das ganz hervorragend funktioniert. Vor zwei, drei Tagen ist die „Republik“ online gegangen, die mit einem riesengroßen Crowdfunding gestartet ist und viele Millionen Schweizer Franken eingesammelt hat. In Frankreich gibt es „Mediapart“, die haben mittlerweile 100.000 Mitglieder, die im Monat 10 Euro bezahlen. Wir

haben aber auch kleine Lokalmedien wie die „Prenzlauer Berg Nachrichten“, Podcasts wie „Lage der Nation“, die „Wochendämmerung“, den „Bildblog“, „Übermedien“ – überall in Europa ähnliche Projekte, die schon sehr gutes Geld bekommen und auch ihre Journalisten bezahlen können.

In den USA gibt es eine Plattform vor allem für Musiker und Youtuber, die heißt „Patreon“. Die zahlen auch schon viele Millionen Dollar an ihre Publisher aus. Und es gibt in Deutschland „Steady“ und „Krautreporter“. Die Bereitschaft zu zahlen, steigt an: 20 Prozent haben schon mal bezahlt für einen journalistischen Inhalt und bis zu 50 Prozent würden das auch in absehbarer Zeit machen. Das heißt, dieser Mythos, dass es im Netz eine Kostenloskultur gibt oder dass man die nicht überwinden kann, stimmt nicht.

Ich kann Ihnen sagen, man kann, wenn die Leute einen lieben, wenn man ein gutes Produkt macht, sehr wohl sehr gut leben –, einfach, weil die Leute einem freiwillig oder mit Nachdruck etwas Geld überweisen.

Es gibt da zwei grundsätzliche Strategien, die – auch gerne zeitweise – miteinander verbunden werden können. Man kann Leute um Unterstützung bitten, wie der „Bildblog“ das macht: „Hört mal zu, liebe Leute, ich habe ein wichtiges Produkt, das ich regelmäßig für euch anbieten möchte. Gebt mir dafür Geld.“ Der „Bildblog“ verdient damit etwa 4.000 Euro im Monat. Das ist die eine Strategie. Die setzt auf das Prinzip Freiwilligkeit und mehr oder weniger nette Prämien als Dank.

„Partnerprogramme und Partnerorganisationen“

Oder es gibt das zweite, gegenläufige oder erweiterte Modell, das ist das Abonnementmodell. Das machen „Übermedien“, „Krautreporter“ und auch viele andere. Die verkaufen einfach einen Zugang zu einem Inhalt. Bei „Übermedien“ werden die aktuellen Artikel immer frei zur Verfügung gestellt. Wer Stefan Niggemeiers Artikel später nachlesen möchte, der muss ins Archiv und dafür bezahlen. Das Prinzip, das dahinter steht, ist nicht Freiwilligkeit, sondern ein klarer Benefit für die Nutzer.

Besonders gut funktioniert hat das in den letzten Jahren bei „Krautreporter“. 2014 sind wir gestartet mit einem relativ großen Crowdfunding und haben über 17.000 Menschen gewonnen, die „Krautreporter“ mit auf den Weg bringen wollten. „Krautreporter“ gibt es immer

noch. Wir haben es geschafft, nach dem ersten Jahr viele Mitglieder davon zu überzeugen weiterzumachen. Wir sind mittlerweile eine Genossenschaft, das heißt, wir haben Krautreporter nicht nur durch Mitgliedsbeiträge finanziert, sondern es auch geschafft, die Leser und Leserinnen an Krautreporter zu beteiligen. Es sind ungefähr 400 Mitglieder in der Genossenschaft, die sehr unabhängig ist und nicht übernommen werden kann. Das ist ein schöner wirtschaftlicher und journalistischer Erfolg.

„Krautreporter“ hat eine ganze Reihe von Partnerprogrammen oder Partnerorganisationen über ganz Europa verstreut - von Schweden über Ungarn bis Griechenland. Das macht relativ viel Spaß. Bei „Krautreporter“ funktioniert das so gut mit den Abos, weil unsere beiden Neuen in der Chefredaktion, Theresa Bäuerlein und Rico Grimm, ein Versprechen abgegeben haben: „Wir erklären Zusammenhänge aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.“ So weiß man, wenn man ein Abo kauft, was man bekommt. Denn die Artikel sind immer sehr persönlich, beziehen immer die Leserinnen und Leser mit ein und wir erklären immer irgendwas in unseren Texten.

Wenn man sich die Entwicklung von „Krautreporter“ anschaut, zeigt das die neuen, tatsächlich von uns verkauften Abonnements. Mit dem Schwung vom Crowdfunding haben wir ganz gut angefangen. Dann wurde es aber etwas weniger, denn „Krautreporter“ war damals ein freies Magazin ohne Paywall und deswegen haben die Verkäufe ab- und die Kündigungen zugenommen. Dann haben wir eine Genossenschaft gegründet, um noch mehr Kapital zu bekommen und in Wachstum investieren zu können. Wir haben Krautreporter auf ein klassisches Abomodell umgestellt, das heißt, man kann

Krautreporter nur lesen, wenn man auch Mitglied ist. Das kostet 60 Euro im Jahr, im Monatsabo sechs Euro. Da haben wir im letzten Jahr eine ganz schöne Kurve nach oben hingelegt.

Was bedeutet das jetzt für Pressefreiheit? Ich bin zutiefst überzeugt, dass unabhängiger Journalismus auch abseits von staatlichen Programmen, Spenden und Gemeinwohlorientierung finanzierbar ist. Denn es gibt einfach Menschen, die das gut finden und es empfiehlt sich immer, diesen mal ein gutes Angebot zu machen.

Ich habe davon gesprochen, dass sich Publisher zusammenschließen mit ihren Lesern und ihren Leserinnen und ihren Zuhörern und Zuhörerinnen. Dazu nutzen seit dem letzten Jahr sehr viele „Steady“. „Steady“ ist das Herz dieser Bewegung, der Community für unabhängige Medien. Denn „Steady“ macht es einerseits wie Netflix und Spotify sehr einfach, ein Abonnement abzuschließen oder eine Unterstützung zu geben. Es hilft den unabhängigen Medien aber auch, sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren und das eigene Angebot zu vermarkten und zu managen - von der Paywall hin zur Adblock Detection. Man kann ein Single Sign-on mit „Steady“ abwickeln oder die Seite werbefrei machen, wenn man das möchte. Man kann ein klassisches Crowdfunding machen. Es sind Hunderte Projekte, die sich bei Steady angemeldet haben - sehr viele verdienen damit schon gut Geld und wir haben mit all denen ein schönes Verhältnis, weil es einfach momentan gut läuft.

*

Philipp Schwörbel ist Mitbegründer von „Steady“ und „Krautreporter“ und Vorstand der Genossenschaft von Krautreporter. ■

„Crossmediale Präsenz“

Arne Henkes über die Strategie der Ströer Content Group

Ich freue mich, heute hier zu sein. Ich bin Director Content bei Ströer. Wenn wir unterwegs sind, fragen die Leute erst mal, was macht ihr eigentlich als Ströer Content Group oder was macht ihr als Ströer, was steckt dahinter, was macht ihr im Journalismus? Ströer ist als Plakat- und Werbefirma gestartet. Jetzt bezeichnen wir uns als das führende digitale Multichannel-Medienhaus: Wir haben über 8.000 Mitarbeiter, vermarkten 3.000 Webseiten, Umsatz in 2016 über einer Milliarde, 300.000 Werbeträger im Out-of-Home-Bereich, 70 Standorte. Das ist Ströer als Ganzes – ein ziemlich großes Haus.

Ich spreche aber für die Ströer Content Group. Da geht es um die Inhalte, beispielsweise „T-Online“, das große Flaggschiff, was die Reichweite angeht. Jetzt starten wir in diesem Jahr „Watson“, holen dieses Portal von der Schweiz nach Deutschland. Dann gibt es die Ströer Media Brands. Dahinter verbergen sich Special-Interest-Titel wie „Giga“, „Kino.de“, „Erdbeerlounge“ – alles reine Online-Publikationen. Dann gibt es Ströer Social Publishing, größter Social Publisher in Deutschland. Bei „Tubeone“ geht es eher um Influencer. Also ein relativ großer Beritt, den wir da haben.

Hier ein kurzer Werbeblock zum Thema „Watson“: Da suchen wir noch Journalisten. Wer sich da berufen fühlt, kann sich gerne bei mir melden! Wir haben Beteiligungen an Asam, das sind so Beautygeschichten, Body Change, Foodist, Ströer Products, aber auch Statista. Das rundet im Grunde so ein bisschen unser Portfolio ab.

Damit kommen wir zu dem, was wir mit „T-Online“ vorhaben. „Kompetent, meinungsstark, überraschend“ – das ist das, was Florian Harms unseren vielen Millionen Lesern verspricht, die wir haben. Das reichweitenstärkste Portal Deutschlands ist „T-Online“. Im Moment haben wir 80 Redakteure in unserem Newsroom in der Berliner Torstraße. Wir werden dieses Jahr sicherstellen, dass wir rund um die Uhr arbeiten können. Crossmediale Präsenz, Multi-Device-Ausspielung – auf Desktop, Smartphone, Tablet, Social Media und Public Video – das ist heutzutage genauso wichtig wie die Reichweite. Wenn wir alle unsere digitalen Kanäle zusammennehmen, erreichen wir im Monat knapp 47 Millionen Deutsche. Das ist schon eine ordentliche Hausnummer.

Wir haben keine Abomodelle. Wir finanzieren das Ganze hauptsächlich durch Display-Werbung, wie man deutlich sieht, wenn man auf „T-Online.de“ kommt. Damit verdienen wir über das Desktopthema getrieben sehr gutes Geld. Dann haben wir aber auch eine

Suchfunktion. Das ist, glaube ich, die drittgrößte „Suche“ in Deutschland. Sie basiert auf dem Google-Algorithmus. Wir haben sie selber für uns integriert und verdienen damit Geld.

Wir erreichen die Leute über verschiedene Kanäle. Über den Desktop sind die Leute vor über 20 Jahren mit „T-Online“ ins Internet gekommen. Das ist an vielen Stellen immer noch so. Dann wurde es immer mobiler in Richtung Links, Smartphone. Das ist heute bei allen Medien so. Neu und die Besonderheit bei „T-Online“ unter Ströer ist, dass wir auch diese Public-Video-Stelen bespielen, die an vielen öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Flughäfen, Shopping Malls stehen. Es ist natürlich ein sehr flüchtiges Medium, aber wir können den Leuten damit in einer gewissen Situation Informationen vermitteln. Sehr wichtig ist für uns auch das Thema Voice. Da gibt es noch keine Möglichkeit, Geld zu verdienen, aber wir glauben daran, dass man sehr schnell auf so eine Plattform kommen muss, um Dinge auszuprobieren.

Wie probieren wir Dinge aus? Wir stellen diese Geräte im Grunde überall hin: Haben die in unseren Besprechungsräumen, glauben aber, dass man die in einer ganz natürlichen Umgebung nutzen sollte, um Dinge rauszufinden. Von daher haben wir die auch bei uns auf den Toiletten installiert, so dass die Leute einfach mal ausprobieren können, wie das funktioniert. Meine Kinder zu Hause nutzen die Alexa in erster Linie in der Badewanne, um sich Geschichten anzuhören. Von daher ist es vielleicht nicht ganz so weit hergeholt. Im nächsten Schritt, wenn wir wissen, wie man so etwas nutzen kann, macht man sich Gedanken darüber, wie man damit auch Geld verdient. Im Moment überlegen wir uns gerade, wie wir ein Newsletter-Format auf Voice übertragen. Das ist ein ziemlich großer Spagat.

Abschließend noch zum Thema Pressefreiheit. Klar, wie für alle Medienmarken ist es natürlich für uns ein extrem kostbares Gut. Und das wissen wir sehr zu schätzen. In diesem Jahr und auch zukünftig stecken wir viel Geld da rein, dass wir weiter recherchieren können, dass wir mehr Geschichten ausgraben können, die vielleicht in anderen Ländern so in der Form nicht möglich sind. Ich glaube, daran werden wir uns zukünftig messen lassen.

*

Arne Henkes ist seit 2017 Director Content bei der Ströer Content Group. Zuvor war er seit 2005 in unterschiedlichen Positionen für „T-Online.de“ tätig. ■

„Mehr persönliche Ansprache“

Jörg Howe über die Kommunikationsstrategie von Daimler

Druck in den Redaktionen, Abbau von Stellen, Schnelligkeit – das ist für viele von uns ein Problem. Und zwar ein sehr massives. Für uns deswegen, weil der Grad der Spezialisierung in den Redaktionen rapide gesunken ist, der Grad der Schnelligkeit massiv gestiegen ist und es zunehmend schwieriger wird, sich in diesem Dschungel zurechtzufinden. Sowohl für Unternehmen in ihrer Pressekommunikation als auch für die Kolleginnen und Kollegen, die bei Hörfunk, Fernsehen, Online und Print arbeiten. Und das führt dazu, dass das Spannungsfeld in den letzten Jahren größer geworden ist und die Reibereien deutlich zugenommen haben. Ich kann es aus der Perspektive von 15 Jahren Unternehmenskommunikation beurteilen: Es geht zum Teil ganz schön derb zur Sache. Von beiden Seiten.

Wir haben uns überlegt, dass wir unsere Kommunikationsstrategie ändern. Das heißt, wir wollen auf der einen Seite die Beziehung zu den Leuten verbessern, die – leider in abnehmender Zahl – tatsächlich körperlich noch existent sind und über uns berichten. Wir machen deshalb sehr viel mehr Hintergrundgespräche und Workshops, bei denen wir auch über Technik informieren und es gibt sehr viel mehr persönliche Ansprache. Auf der anderen Seite nutzen wir zielgerichtet eigene Kanäle, um aus unserer Sicht vernünftig zu informieren.

„Ein brandgefährliches Medium“

Das sieht dann so aus, dass wir die Social-Media-Verbreitungs Kanäle nutzen, die wir sowieso schon hatten: Daimler.com, wir haben seit vielen Jahren einen Daimler-Blog und eine Mediasite, die inzwischen nicht mehr exklusiv für Journalisten ist, sondern für den direkten Zugriff geöffnet wurde. Wir nutzen Twitter als Daimlerkanal. LinkedIn für den Chef Dieter Zetsche und die Youtube-Kanäle. Die Marketingkollegen bespielen LinkedIn, Instagram und Facebook. Wir versuchen, zukünftig den einen oder anderen Kanal auch zu uns Journalisten rüberzuholen.

Stellenangebote, die wir intern machen, werden häufig auch extern gespielt. Es gibt ganz viele Journalisten, die Lust haben, bei uns zu arbeiten. Es sind schon viele da. Das freut mich selbst auch, weil es Spaß macht, mit denen zu arbeiten. Wir haben täglich 14,5 Millionen Visits auf unseren Kanälen. Das ist eine Menge, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es nicht nur Deutschland ist, sondern dass es sich vor allem auf den englischsprachigen Bereich konzentriert.

Ich selbst habe mich lange gesperrt zu twittern, weil ich Twitter auf der einen Seite natürlich für interessant halte, aber auch für ein brandgefährliches Medium. Jüngstes Beispiel in Deutschland ist aus meiner Sicht Ralf Stegner, der kurzfristig getwittert hat zu einem Bild von Sheryl Sandberg: „Ich dachte, Beate Zschäpe sitzt in Untersuchungshaft.“ Das ist aus vielerlei Gründen doof. Er hat es nach 30 Minuten gelöscht, aber da war es schon zu spät. Die Kollegen von der FDP hatten es sich nicht nehmen lassen, das bundesweit zu verbreiten. Deswegen guckt bei uns immer ein zweiter und ein dritter drauf, bevor von mir ein Tweet rausgeht, weil man es einfach nicht vermeiden kann, wenn man alleine ist, dass man doch etwas Missverständliches oder etwas Falsches sagt.

Ich habe jetzt ungefähr 2.400 Follower – das sind primär Leute, die journalistisch arbeiten oder journalistisch interessiert sind. Ein Bild mit Dieter Zetsche bei der G-Klasse Weltpremiere, die wir in Detroit mit Arnold Schwarzenegger gemacht haben, war überm Bruch auf der Eins bei der „Süddeutschen Zeitung“. Und im heute erschienenen „Focus“. Es läuft alles relativ gut und das unterstützen wir durch solche Tweets.

„Jobangebot für den Vorstandsvorsitzenden“

Wir kommen aber auch in eine Kommunikation, die wir so bisher nicht hatten – eine muntere, kleine Auseinandersetzung um das Thema Investition in Elektromobilität. Viele finden Elon Musk immer noch super toll. Das ändert sich möglicherweise, wenn das Geld nicht zurückkommt. Wir haben gesagt, wir investieren eine Milliarde in ein Werk von uns in Tuscaloosa, Alabama und bauen zusätzlich eine Batteriefabrik, schaffen 600 neue Jobs für Elektromobilität. Dann hat Elon getwittert, das ist für eine Firma wie Daimler eigentlich viel zu wenig. Zehn Milliarden sollten es schon sein. Wir haben dann gesagt, klar, machen wir sowieso schon. Zehn Milliarden ist die Summe, die wir aktuell in den nächsten drei Jahren in Elektromobilität investieren. Und dann kam vom Großmeister der Twitterkommunikation nur noch zurück: „Good.“ Nicht mehr. Das hat gut funktioniert. Hat sich auch gut verbreitet.

Wir nutzen auch LinkedIn für den Kollegen Vorstandsvorsitzenden, weil es branchenspezifisch ein guter Platz ist, um Dinge zu erklären. In der Auseinandersetzung um den Vertrag mit dem DFB haben wir noch mal erklärt, warum wir nicht weitermachen. Das hat bei LinkedIn wahnsinnig gut funktioniert. In der Folge ist es von den klassischen Medien und den Onlineportalen der

klassischen Medien aufgegriffen worden. So haben wir unseren Standpunkt klarmachen und kommunizieren können. Das werden wir weitermachen.

Ein weiteres leicht humoristisches Beispiel: Zetsche hat über LinkedIn ein Jobangebot bekommen. Er sollte als Motorradverkäufer in der BMW-Niederlassung Kassel anfangen. Das ist wahnsinnig gut aufgegriffen worden und dann auch bei Bloomberg gelandet. Das ist für uns natürlich super, weil Bloomberg der internationale Businesskanal ist. Er hat jetzt irgendwie 60.000 Follower bei LinkedIn und wir werden das peu á peu, bei einzelnen Themen zielgerichtet weiterspielen, weil Humor ja etwas ist, was man nicht zwingend mit einem deutschen CEO verbindet. Ich habe gestern Hartmut Mehdorn auf der Straße gesehen und habe mich gefragt, welche Firmen hat er eigentlich alle in den Gulli gefahren? Und der ist nun weitgehend humorfrei.

„Die Weihnachtsbotschaft vom Chef“

Wir nutzen LinkedIn aber auch, um auf die Dieselschichte zu sprechen zu kommen, um Informationen, von denen wir glauben, dass sie bisher in der Öffentlichkeit nicht oder nicht hinreichend präsent sind, zu verbreiten. Wir haben da eine Factbox, in die jeder reingehen und sich Informationen holen kann. Auch das halten wir für ausgesprochen sinnvoll. Die Diskussion über den Diesel ist ja zu Recht einigermaßen emotional. Da versuchen wir wieder ein bisschen von den Emotionen runterzukommen.

Zum Schluss noch mal ein Filmbeispiel, das wir auch auf diesen Kanälen insbesondere bei Youtube spielen: die fröhliche Weihnachtsbotschaft vom Chef. Wir haben in den vergangenen Jahren bis 2015 immer Briefe oder E-Mails an die Mitarbeiter geschrieben: Dass das Jahr supi war, dass sich alle wieder total zusammengerissen haben, dass es auch einen Bonus geben wird. Bla, bla, bla. Das kann man aber auch anders machen und das geht dann nicht unter. Diese Geschichten spielen wir dann gerne auch auf anderen Kanälen. Unser Weihnachtsfilm lief dann auch nicht nur auf Youtube, sondern auch bei „Bild.de“, beim „Handelsblatt“ auf den Onlineseiten, bei der „Automobilwoche“. Der Erfolg von dem ersten Film 2015 hat uns selbst überrascht. Allein durch den internen Zugriff sind die Server in die Knie gegangen und da haben wir gedacht, da ist was drin, das können wir nutzen und weitermachen.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus dem, was wir machen. Wir werden in den nächsten Jahren hoffentlich weiter ausbauen und mehr Journalisten zu uns überholen – zum Wohle aller Beteiligten, denn die verstehen besser, was die Kollegen draußen wissen wollen.

*

Jörg Howe ist Leiter Globale Kommunikation der Daimler AG. Von 1996 bis 2004 war er Chefredakteur von Sat. 1. Von 2007 bis 2012 war er Vorsitzender des Medienrats der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein. ■

„Eklatanter Eingriff in die Pressefreiheit“

Diskussion über Artikel 5, G20 und die innere Sicherheit

Manfred Kloiber: Wir kommen zu unserer zweiten Diskussionsrunde über G20 und die Folgen, wie weit geht die innere Sicherheit. Fangen wir ganz einfach an, Herr Kietzmann. Sie sind als Berufsfotograf mehr oder weniger Opfer des G20-Debakels geworden, mit dem wir uns beschäftigt haben. Aber in aller Kürze, was ist bei G20 mit Ihnen geschehen?

Björn Kietzmann: Ich habe beim G20-Gipfel als Fotojournalist gearbeitet und habe dort die ersten Tage auch problemlos das Medienzentrum betreten können. Ich hatte mich regulär akkreditiert wie ungefähr 5.000 andere Journalisten auch. Ich hatte erste Termine in Hamburg wahrgenommen. Nach einem Termin wollte ich wieder ins Medienzentrum, um dort Fotos zu bearbeiten. Da hieß es am Eingang: „Warten Sie mal, es gibt ein kleines Problem, wir müssen ganz kurz eine Sache noch klären, warten Sie hier mal einen kleinen Moment.“ Die beiden Beamtinnen, die meinen Ausweis gescannt haben, haben dann gesagt: „Okay, schon wieder einer, vielleicht könnte der Kollege, den wir gerade gerufen haben, gleich hierbleiben.“ Da dachte ich schon, das ist jetzt eine größere, komische Sache. Es kam dann ein Beamter des BKA, der sich mir vorstellte als Verantwortlicher für die Akkreditierung vor Ort. Und er meinte, ihm würde dieser Schritt jetzt leidtun, er könnte es nicht nachvollziehen, aber er hat die Anweisung vom Gesamteinsatzleiter BKA bekommen, mir müsste der Ausweis entzogen werden.

Ich bin dann von ihm rein begleitet worden, um mein Equipment abzuholen, das ich noch drin hatte. Ich hatte mein Laptop im Schließfach. Es war eine skurrile Situation, weil mein Akkreditierungsausweis schon eingezogen war. Wir sind alle paar Meter mal von irgendwelchen Sicherheitsbeamten angehalten worden, die gesagt haben: „Moment, dürfte ich mal kurz Ihren Ausweis sehen.“ Während der Beamte, der mich begleitet hat, leicht verstoßen seinen Ausweis aus der Tasche zog und sagte: „Der gehört zu mir, alles in Ordnung.“ Ich hatte über den Vorfall da schon getwittert: „Hier gibt es gerade Probleme, man hat mir gerade die Akkreditierung weggenommen.“ Und ich bin, noch während ich durch das Medienzentrum gegangen bin, von ersten Kollegen angesprochen worden, die meinten: „Hey, was ist denn los, wir haben das gerade bei Twitter gesehen, gibt es irgendwie Probleme?“ Ich sagte dann: „Ja, komm, lass uns später mal darüber telefonieren, ich darf mich hier jetzt nicht mehr länger aufhalten.“

Der Beamte sagte, er hätte keinen Einblick, er findet diese Entscheidung auch nicht nachvollziehbar, ich wäre nicht der einzige Betroffene, es gebe eine Reihe von Journalisten, die betroffen seien. Und ich solle mich doch bitte direkt ans BKA wenden. Das habe ich auch umgehend versucht. Habe dort telefonisch interveniert. Da hieß es, es wird geprüft, man ruft mich zurück. Mehrere Stunden später kam der Rückruf vom BKA, ich solle mich direkt ans BPA wenden. Ich habe dem BPA noch geschrieben und habe die Hoffnung gehabt, dass man das noch zeitnah klären kann. Das ist nicht passiert. Man hat mir vier Tage nach dem Gipfel eine E-Mail geschrieben und hat gesagt: „Ja, tut mir leid, wir sind nicht verantwortlich, bitte wenden Sie sich noch mal ans BKA.“ Ich habe mich ein bisschen gefühlt wie an diesem verrückten Rathaus von Asterix.

Kloiber: Und vor Ort gab es keine Stelle, wo man direkt hätte hingehen können und zum Beispiel Rechtsmittel einlegen oder sich beschweren?

Kietzmann: Hätte ich mir gewünscht. Da der BKA-Beamte mir gesagt hat, dass der Gesamteinsatzleiter BKA diese Entscheidung getroffen habe, habe ich auch gefragt, ob er denn zu sprechen sei. Als Antwort habe ich bekommen: „Ja, den würde ich auch gerne mal wieder sprechen.“

Kloiber: Also ein gepflegtes Durcheinander.

Kietzmann: Keine Chance auf jeden Fall, das vor Ort irgendwie zu klären, indem man auch einfach mal sagt, wo denn überhaupt das Problem ist.

Kloiber: Conny, der Fall von Björn ist ja kein Einzelfall. Darüber wurde auch ausführlich berichtet. Die dju war in Hamburg zur Stelle und hat auch versucht, Kolleginnen und Kollegen zu helfen, die betroffen waren. Als Überblick, welche Fälle sind besonders aufgefallen? Gab es irgendwas, wo man sagen könnte, da gab es eine bestimmte Systematik, wonach tatsächlich Kollegen die Akkreditierung verweigert wurde, ja oder nein?

Cornelia Haß: Ja, die Kollegen sind vor Ort direkt von den Hamburger dju-Vertretern beraten worden. Es wurden auch Rechtsmittel eingelegt. Das heißt also, es gab von Anfang an eine Versorgung und eine ständige Kommunikation. Nein, die Antwort auf deine weitere Frage. Es gibt aus meiner Sicht nicht so etwas wie einen größten gemeinsamen Nenner, der alle, die auf dieser Liste standen, miteinander verbindet. Das sind

ganz unterschiedliche Begründungen, ohne dass wir aber die genauen Begründungen jeweils im Einzelfall schon durchgeprüft hätten, weil sie uns zum Teil auch immer noch nicht vorliegen. Dieses große Durcheinander gerade bezüglich dessen, wie kommt jemand auf die Liste, welches Verbrechen hat er oder sie sich schuldig gemacht. Das ist überhaupt noch nicht geklärt. Da habe ich nur Theorien.

Kloiber: Du hast gesagt, dass die Kollegen von der dju vor Ort versucht haben zu helfen. Gab es denn für eine Institution wie eine Gewerkschaft irgendwelche Ansprechpartner, die da waren, um Konflikte zu lösen? Oder waren die Kollegen da auch mehr oder weniger ohne Ansprechpartner?

Haß: Das war, glaube ich, eines der ganz großen Probleme, dass es niemanden vor Ort gab, den man als Verantwortlichen hätte sich mal vor die Brust nehmen können. Man kann natürlich dann beim Verwaltungsgericht ein Eilverfahren anstrengen. Es war aber Freitagnachmittag. Und dann war Samstagvormittag. Da hatten die natürlich geschlossen, so dass klar war, bis zum Ende des Gipfels kriegen wir einen solchen Antrag nicht durch. Und dann müssen wir eben jetzt diesen ordentlichen Rechtsweg beschreiten.

Kloiber: Der ordentliche Rechtsweg wird auch gerade beschritten. Mit Hilfe der dju werden einige Kollegen versuchen, dagegen vorzugehen. Frank Venetis hat es übernommen, diese juristische Arbeit zu leisten. Herr Venetis, acht Verfahren sind jetzt vor dem Berliner Verwaltungsgericht anhängig. Beschreiben Sie, was in dem Verfahren versucht wird zu klären.

Frank Venetis: Zuerst kann ich sagen, wir sind deshalb in Berlin vor dem Verwaltungsgericht, weil das Bundespresseamt der Beklagte ist, weil es die Akkreditierung entzogen hat, wie sich dann herausgestellt hat. Das hat sich so, wie Herr Kietzmann es auch gerade gesagt hat, am Anfang etwas anders dargestellt, so dass wir uns am Anfang nicht so ganz sicher waren, wo wir denn und wen wir überhaupt verklagen sollten. Denn tatsächlich war vor Ort die Akkreditierung vom BKA, also der Bundespolizei, entzogen wurde. Auch die Erklärung, die Ihnen da gegeben wurde, es bestünden Sicherheitsbedenken, gab keinerlei Hinweis darauf, dass eine andere Behörde eigentlich die Entscheidung getroffen hatte. Das ist jetzt Gegenstand des Verfahrens. Hat denn eigentlich die richtige Behörde hier gehandelt? Es wird noch geklärt, ob sie das auch durfte. Das ist ein ganz normales verwaltungsgerichtliches Verfahren, ein rechtsstaatliches Verfahren, in dem die Voraussetzungen geprüft werden, ob die denn vorlagen, um eine erteilte Akkreditierung hier wieder zu entziehen.

Kloiber: Gibt es denn schon juristische Argumente, die auf der einen Seite sagen, warum sie es nicht durften? Und die andere Seite, warum sie es durften? Also welche Argumente stehen sich da gegenüber?

Venetis: Ja, wir haben mittlerweile sozusagen schon das erste Mal den Austausch, die erste Runde sozusagen gehabt. Wenn man die Klage erhebt, muss man nur sagen, warum man denn glaubt, dass hier etwas nicht hat geschehen dürfen. Daraufhin hat sich das Bundespresseamt so eingelassen, dass es gar nicht hätte anderes entscheiden können, weil es die Information bekommen habe, dass von und aus der Journalistenschaft eine Gefahr für die Sicherheit des Gipfels und der daran teilnehmenden Personen bestanden habe. Aufgrund dieser Information, die sei so schwerwiegend gewesen, dass man da in der Abwägung auch der Interessen und der Grundrechte der beteiligten Journalisten, eben im Sicherheitsinteresse des Gipfels als einzige Möglichkeit gesehen habe, hier die Akkreditierung zu entziehen. Man ist sogar in der Argumentation so weit gegangen, dass da gar kein Ermessen mehr hat ausgeübt werden können, weil die Gefahr so unmittelbar drohte und auch nur dadurch abgewehrt werden konnte, dass eben den Akkreditierten, denen schon vorher angeblich mit Bedenken die Akkreditierung erteilt worden wäre, dass man die von dieser Veranstaltung ausschließt.

Sie hören schon ein bisschen, wie ich das formuliere. Ja, das kann man vielleicht so sehen. Wie überzeugend das ist, wird sich dann im Verfahren auch herausstellen. Die gegenteilige Position ist natürlich die, dass wir ein rechtsstaatliches Verfahren haben, dass die Behörde, die hier handelt, dieses Handeln natürlich auch begründen muss und wenn hier eine Entscheidung getroffen wurde, muss die in Abwägung mit den Grundrechten geschehen. Und hier war es tatsächlich so, dass wir davon ausgehen können, dass keinerlei Details über die angeblichen Straftaten, über die angeblich vorliegende Gefährdungslage an das Bundespresseamt weitergegeben wurde, sondern nur die Information, hier würde eine Gefahr drohen. Und nur aufgrund dieser Information dann tatsächlich die Entscheidung getroffen wurde, ja wir entziehen. So dass hier gar keine Güterabwägung hat stattfinden können zwischen einer Gefährdungssituation, die das Bundespresseamt nicht kannte und den Grundrechten der Journalisten auf freie Berichterstattung bzw. Zugang zur freien Information für die Berichterstattung und die Berufsausübung.

Kloiber: Aber es gibt ja nicht nur eine juristische Seite, sondern auch eine journalistische. Wenn man die ganzen Vorgänge versucht, journalistisch aufzuarbeiten und zu gucken, was steckt da eigentlich dahinter. Dann kommt man zu erstaunlichen Einsichten. Dass es eben halt vielleicht gar nicht so sehr um Abwägung von

Sicherheit gegen Pressefreiheit ging. Sondern um ganz andere Sachen. Arnd Henze, Sie haben das intensiv gemacht für die ARD und geguckt, was steckt dahinter? Zu welchen Erkenntnissen sind Sie denn gekommen? Behördenwillkür oder tatsächlich Sicherheitsbedenken oder einfach nur totale Unfähigkeit?

Arnd Henze: Also in der Situation selber komplettes Chaos. Ich glaube, die haben wirklich den Überblick und die Kontrolle verloren und haben eine Panikreaktion gemacht. Aber oft entwickelt sich ja der eigentliche Skandal dann erst in der Krisenkommunikation und im Krisenmanagement. Und in dem, was man dann, wenn man die Schubladen aufmacht, entdeckt, was noch stinkt. Das waren sozusagen die konzentrischen Kreise, in denen auch meine Recherche gelaufen ist. Zunächst einmal war der Ausgangspunkt, dass ich einen erheblichen Datenschutzverstoß gesehen habe, als man an den Eingängen diese jungen Bereitschaftspolizisten mit diesen hektographierten Listen hatte, die hundertfach einfach durch den Kopierer gejagt worden sind – ohne irgendeinen Vertraulichkeitshinweis. Das hätte sich jeder Geheimdienst der zwanzig Teilnehmerstaaten greifen können. Das hätte sich jedes LKA greifen können. Und natürlich hätten die alle gerne eine Liste mit Journalisten, die „Sicherheitsrisiken“ sind.

Wenn man das mit der Krisenkommunikation zusammendenkt, dann wurde das noch verstärkt, indem man öffentlich gesagt hat: „Da gab es gravierende Sicherheitsbedenken gegen diese Personen, die auf dieser Liste waren.“ Und damit wurde natürlich die Fallhöhe immer größer, die Stigmatisierung. Also je mehr man deutlich macht, ein Mensch wie Björn Kietzmann ist eine Gefahr für das Leben von Donald Trump und Herrn Erdogan, desto stigmatisierender wirkt natürlich, wenn ich mit der Kamera kommen kann und aus drei Metern Entfernung diese Liste einfach abfilmen und die Namen identifizieren kann. Das war sozusagen der erste konzentrische Kreis, der ein skandalöser Verstoß gegen den Datenschutz war. Da haben wir noch spekulieren müssen und über Plausibilität reden müssen, was kann denn der Grund gewesen sein, warum der Björn Kietzmann und andere so gefährlich sind.

Dann haben wir in der nächsten Stufe die ersten Bescheide des BKAs bekommen und hatten gleich Glück, dass wir mit Florian Boillot einen hatten, der beim BKA gespeichert war für etwas, wofür er gerade vor einigen Monaten rechtskräftig erster Klasse freigesprochen wurde. Das heißt wir haben am Einzelfall beweisen können, dass hier mit völlig falschen, rechtswidrig gespeicherten Daten die Stigmatisierung des Kollegen erfolgte. Das war der nächste Grad der Skandalisierung dieses Vorgangs. Da war die erste Schublade geöffnet, die da stank.

Da war dann der Verdacht, die Vermutung, dass es möglicherweise bei anderen Kollegen ähnlich ist. So dass wir in der nächsten Phase, als wir ein Panel von zehn BKA Bescheiden auswerten konnten und entdeckten, dass kein einziger der Bescheide weder im sachlichen noch im juristischen Sinne korrekt war, schon etwas Systemisches erkennen konnten. Ich habe mich sehr früh mit sehr hochrangigen Verfassungsrechtlern und Datenschützern auch juristisch beraten. Wer die Namen liest, die ich da auch zitiert habe, ahnt, mit wem ich gesprochen habe. Da war der frühere Verfassungsrichter Hoffman-Riem, der die einschlägigen Urteile zum Datenschutz als Verfassungsrichter früher geschrieben hat, dabei. Das heißt ich habe versucht, mich sehr genau abzusichern bei dem, was ich da versucht habe zu skandalisieren.

Und nachdem klar war, dass bei all diesen Journalisten rechtswidrig gespeichert wurde, falsch gespeichert wurde, schlampig gespeichert wurde, war natürlich der Verdacht da, dass es nicht nur für Journalisten gilt, sondern dass das überhaupt die Speicherpraxis beim BKA und den LKAs ist. Da habe ich dann angefangen zu recherchieren, wo das in der Vergangenheit in anderen Dateien schon geschehen ist. Das war der vierte konzentrische Kreis: Dass, was den Journalisten passiert ist, passiert wahrscheinlich Hunderttausenden von Menschen. Nicht nur, weil sie mal bei einer Demo waren, sondern auch weil sie vor teilweise zehn, fünfzehn Jahren mal einen Joint durchgezogen haben und zufällig in Bayern in eine Polizeistreife kamen und diese Verdachtskontrolle auf einen Joint hin vom LKA Bayern gespeichert wurde und heute noch in den Inpol vom BKA drin sind. Das war der nächste konzentrische Kreis: Hier haben wir ein eklatantes Problem in den Polizeidaten. Und da war es am Ende schade, dass diese Recherche in den Wahlkampf reinfiel, wo der Bundestag eigentlich nicht mehr handlungsfähig war. Trotzdem gab es eine zweistündige Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses, was sehr ungewöhnlich ist im Wahlkampf. Aber die haben eine Menge von Arbeitsaufträgen vergeben genau für diese sozusagen umfassendere Speicherproblematik.

Da ist für mich auch die politische Frage, dass wir einerseits erkennen, wo der Eingriff in die Pressefreiheit war. Das war ein eklatanter Eingriff in die Pressefreiheit! Aber dass wir über die sozusagen Binnensicht hinaus auch nicht die Aufmerksamkeit verlieren dafür, dass diese Frage, die spätestens im September richtig breit auf dem Tisch lag, dass die jetzt politisch auch weitergetragen wird.

Kloiber: Conny, könnte man jetzt sagen, das ist zwar sehr doof und für ein Land wie Deutschland ziemlich

unangemessen. Aber Gott sei Dank handelt es sich nur um Inkompetenz, die die Pressefreiheit bedroht?

Haß: Ich befürchte, es wäre fahrlässig, das zu tun. Wir haben es hier mit einem Skandal zu tun, da gebe ich Herrn Henze vollkommen recht, dessen Ausmaß ich mir nicht hätte träumen lassen, bevor dieser Skandal zutage gefördert wurde. Der hinter dem Angriff auf die Pressefreiheit liegende Skandal ist der, wie geht dieser Staat eigentlich mit den personenbezogenen Daten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger um. Ja, da sind wir in konzentrischen Kreisen unterwegs. Denn wenn wir zum Beispiel mit Herrn Seibert diskutieren, wie wir künftig mit den Journalistenakkreditierungen bei Großlagen umgehen und wie verhindert werden soll, dass ein solcher Fall sich wiederholt, dann sitzt der Kollege vom Bundesinnenministerium da und sagt, er weiß jetzt gar nicht so ganz genau, warum er jetzt in dieser Runde irgendwas sagen soll, das wäre ein Jedermanns Problem. Und das Problem müsste irgendwo anders gelöst werden, aber nicht von Herr Seibert. Und dann fangen wir wieder an einem anderen Kreis an.

Und dieser Umgang mit den Daten! Wir haben es jetzt gerade in Baden-Württemberg auch bei einem betroffenen Kollegen, der hat sich mit Mühe und Not aus dieser Datei „Gewalttäter links“ raus geklagt. Dann kriegt er eine Anzeige von einem AfD-Politiker und schwupps ist er wieder drin. Diese Daten werden nicht staatsanwaltschaftlich begutachtet. Wir wissen zum Teil gar nicht, wie die miteinander vernetzt sind. Und es ist so, wie Herr Henze sagt, da sind Menschen mit Freisprüchen erster Klasse aus irgendwelchen zurückliegenden Verfahren drin und trotzdem kommt man da offenbar schneller rein als jemals wieder aus. Da bekomme ich den Eindruck, da wird willkürlich von Behörden mit den personenbezogenen Daten von Menschen umgegangen, im Falle der Berufsausübung von Journalistinnen und Journalisten wird damit in die Pressefreiheit eingegriffen.

Aber tatsächlich möchte auch jemand, der nicht Journalist oder Journalistin ist, nicht in so einer Datei sein, weil diese Menschen diskreditiert sind. Deswegen finde ich auch den Titel: „Die Diskreditierten“ hier von dieser Fotoausstellung sehr passend. Wir wollen alle nicht in solchen Dateien drin sein. Und wir wollen alle nicht, dass der Staat uns unterstellt, wir seien Verbrecher nach einem System, das rechtstaatlichen Prüfungen nicht standhalten würde. Und da kann ich nur hoffen und da setze ich auch da drauf, dass es eine Bewegung in diesem Staat gibt, die genau dieses Vorgehen hinterfragt. Und dass wir dieses Prozedere geduldig und mit einem langen Atem aufdröseln und gucken, wie geht eigentlich dieser Staat mit unseren Daten um.

Und Herr Henze hat es ja schon gesagt, die Datenschützer sind da sehr alarmiert, leider nicht die Bundesdatenschützerin. Die hat sich mehr oder weniger uninteressiert gezeigt bis hin zu ablehnend. Aber beispielsweise der Hamburger Datenschutzbeauftragte hat da eine sehr klare Haltung. Es gibt ja einen Sonderausschuss zum G20-Gipfel. Kann ich empfehlen, sich die Wortlautprotokolle anzugucken. Was der dazu sagt. Was ein Polizeipräsident zu dem Thema sagt. Da findet man viel Aufschlussreiches.

Kloiber: Ich habe gelernt, das ist Respektlosigkeit gegenüber dem Datenschutz als Grundrecht oder dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, aber auch eine Respektlosigkeit gegenüber der Arbeit von Journalisten. Herr Venetis, kann man mit juristischen Mitteln das, was dahintersteckt, tatsächlich aufarbeiten oder wird es am Ende in den Prozessen, die Sie jetzt führen nur – „nur“ ist hier ein falscher Begriff – aber wird es um Einzelfallklärung gehen, wo dann das Gesamtbild, das die Kollegen aufgezeigt haben, gar keine Rolle mehr spielt?

Venetis: Also in der juristischen Aufarbeitung kann es nur um Einzelfallentscheidungen gehen. Das ist systematisch gar nicht anders möglich. Weil man sich da auch immer den Einzelfall anschaut und dann unter den gegebenen Bedingungen, die dort vorgeherrscht haben, wird dann das Urteil auch gefällt. Aber natürlich im Rahmen der Berichterstattung darüber und aufgrund der Erfahrungen, die man in so einem Verfahren sammelt – und es ist ein öffentliches Verfahren Gott sei Dank – wird man natürlich auf diese Probleme, die gerade angesprochen wurden, natürlich auch politisch zu sprechen kommen. Und das ist ja vielschichtig, das Problem. Das eine ist das Sammeln der Daten. Das zweite ist das Auswerten der Daten. Wer tut das denn eigentlich? Und hier taten es die Landesbehörden und der Verfassungsschutz, der das dann gleich auch noch bewertet hat und diese Bewertung entsprechend auch in die Programme gegeben hat, auf die die Polizei Zugriff hat. Das ist eines der größeren Probleme.

Die Menge der gesammelten Daten und die Dauer, für die diese Daten vorgehalten werden und noch viel problematischer, auch vorliegen – und das wird das Verfahren auch zutage bringen. Und das betrifft selbstverständlich alle, die gesamte Bevölkerung. Aber hier die Journalisten insbesondere, weil in dem Moment, wo aufgrund dieser Einschätzung einer Behörde alle anderen Behörden einfach folgen. Und das ist auch der Skandal beim vorliegenden Fall, dass einfach dieser Grundeinschätzung einer Behörde dann die nächste gefolgt ist, nämlich das BKA und der Empfehlung ist dann auch noch das Bundespresseamt gefolgt, ohne

jemals zu hinterfragen, wie kommen die eigentlich darauf.

Kloiber: Die Gründe für diese Kettenreaktion wird sicherlich der Kollege Arnd Henze gleich noch mal erklären. Was er herausbekommen hat. Nur ganz kurz, Björn, dieser Prozess wird ja auch für dich als einen der Diskreditierten stattfinden. Was wünschst du dir, was sozusagen herauskommen soll? Es geht ja nicht nur darum, dich wieder zu entdiskreditieren und zu zeigen, dass die Diskreditierung völlig fehl am Platze war.

Kietzmann: Ich habe zwei Hoffnungen. Das eine ist halt, dass ein solches Verfahren, dass man Journalisten akkreditiert und ihnen dann in einem laufenden Prozess quasi mit einem beginnenden Wochenende die Akkreditierung wegnimmt, dass so etwas nicht wieder vorkommt. Es sei denn, dass da jetzt wirklich etwas vorfällt bei dieser Konferenz.

Zum Beispiel beim G8-Gipfel in Heiligendamm sind an einige Journalisten im Vorfeld keine Akkreditierungen ausgegeben worden. Daraufhin gab es Klageverfahren. Und Journalisten haben über den Rechtsweg Akkreditierungen bekommen. Das ist diesmal nicht passiert. Beim G20-Gipfel haben alle Journalisten scheinbar oder zumindest soweit ich weiß, also die meisten Journalisten haben die Akkreditierungen bekommen. Mir sind keine Klagen im Vorfeld bekannt. Aber dann hat man an einem bestimmten Punkt gesagt, was jetzt die Aktenlage irgendwie hergibt, dass vielleicht ein paar Journalisten was machen. Also falls einer einen Schuh wirft oder ein Transparent entrollt – also Schuh werfen und Transparent entrollen, das steht da wirklich so drin, also das denke ich mir jetzt nicht aus – dann könnte das wohl einer von denen sein.

Und der zweite Punkt ist halt einfach dieser allgemeine Datenschutz. Den ihr beide gerade auch schon angesprochen habt. Dass man einfach eine größere Debatte bekommt über Speicherung, dass es eine Prüfung gibt von Datenschutzbeauftragten. Dass die sich dementsprechend ein bisschen mehr da reinhängen und dass solche Akten überarbeitet werden. Weil das Problem ist im Endeffekt, es schafft auch nicht mehr Sicherheit, wenn halt irgendwie die absurdesten Verdachtsfälle, die sich vielleicht in kürzester Zeit schon während Ermittlungsverfahren in Luft aufgelöst haben, immer noch gespeichert bleiben.

Kloiber: Das waren zwei interessante Aspekte. Der erste, also es wurden diesmal Akkreditierungen ausgegeben und keiner hat eine Ablehnung bekommen. Da könnte man fast schon fragen, war das eine Finte? Nach dem Motto, wir geben denen die Akkreditierung und entziehen sie vor Ort, so dass er sich nicht mehr

wehren kann. Und das zweite, er hat die Hoffnung ausgesprochen, dass sich die Situation ändern möge auch durch diesen Prozess, den wir jetzt durchmachen. Arnd Henze, können Sie die Hoffnung teilen oder zumindest nähren?

Henze: Auf die erste Frage nein, auf die zweite Frage ja. Also das Nein, ich kann nichts mit Verschwörungstheorien anfangen. Ich glaube, wenn man sich die Genese anguckt, da war kein Masterplan dahinter. Das zweite, ich möchte gerne nach vorne gucken. Ich habe die ganze Recherche auch deshalb mit so viel Biss gemacht, weil es mir darum geht, dass man hier auch Veränderungen möglich macht. Ich glaube, jetzt werde ich den Bogen etwas größer spannen. Ich kümmere mich ja um Außenpolitik und ich denke, dass wir in einer Phase sind, wo alle Demokratien einen Stresstest für die Resilienz von Bürgerrechten und auch Freiheitsrechten durchmachen. Und den bestehen die Gesellschaften sehr unterschiedlich gut oder schlecht. In den USA kann man sehen, wie eine Gesellschaft diesen Stresstest gerade möglicherweise sogar zu verlieren droht. Wir erleben es in Polen, wir erleben es in Ungarn, wir erleben es in der Türkei.

Und jetzt machen wir hier in Deutschland diesen Stresstest und ich denke, wir haben ihn bisher erstaunlich gut im internationalen Vergleich bestanden. Es ist ein Stresstest für die Pressefreiheit und wir entdecken, dass es ein Stresstest ist, wie in der ganzen Frage der Antiterrordiskussion, der Sicherheitsdiskussion sich die öffentliche Wahrnehmung immer mehr zu der Frage verschoben hat: tun wir genug, möglicherweise auch mit Eingriffen in Freiheitsrechte, um den Terrorkampf zu bestehen. Und umgekehrt haben wir zu wenig dahin geguckt: tun wir genug für den Datenschutz und für die Persönlichkeitsrechte, dass es a) ein effektiver Kampf ist und b) einer, der die Freiheitsrechte nicht in Frage stellt.

Jetzt gucken wir mal, wie die Institutionen reagiert haben. Wir haben Arbeitgeber gehabt von den Kolleginnen und Kollegen, die sich extrem solidarisch verhalten haben. Ich denke an den Chefredakteur vom Weserkurier, der bei dem jungen Kollegen, der nur Praktikant beim Weserkurier ist, sofort als Chefredakteur erklärt hat: das ist unser Kollege und wir gehen vor Gericht. Klasse Reaktion einer durchaus ja bürgerlichen Zeitung und das gilt für alle anderen auch. Und Björn Kietzmann war jetzt kürzlich auf der Seite eins der Süddeutschen Zeitung. Die haben auch nicht überlegt, können wir Kietzmann noch drucken. Stresstest an der Stelle bestanden.

Die Gewerkschaften: Das ist nicht mehr selbstverständlich, selbst in Europa nicht mehr, dass Gewerkschaften wissen, was sie zu tun haben und handlungsfähig sind, den Rückhalt zu geben, den solche Kollegen in so einem

Moment brauchen. Die Pressefreiheit: Ich glaube, dass wir als ARD da berichtet haben, ist erst mal Normalität. Ich hätte mir gewünscht, dass die, die uns zur gleichen Zeit als Staatsfunk beschimpft haben, mal den Widerspruch zwischen den Dingen verstanden hätten. Ich glaube, wir haben unseren Job gemacht. Haben gezeigt, dass wir da auch in der kritischen Aufarbeitung von niemandem irgendwo ausgebremst werden.

Wir haben Gerichte und das ist der nächste Punkt, wo ich ein großes Vertrauen darauf habe, dass sie die Absurdität eines Angstszenarios, wo mit Schuhen und Kameras auf Donald Trump argumentiert wird, nicht gerade als Ausschlussgrund für eine Akkreditierung akzeptieren werden. Also durch und durch haben die Institutionen der Zivilgesellschaft diesen Stresstest bestanden. Und es ist eine Chance, jetzt zu sagen: Jetzt liegen die Probleme auf dem Tisch, und jetzt müsste es auch politisch angepackt werden.

Meine Sorge – das ist jetzt die Einschränkung, ich wollte uns ja nicht nur hier loben: Was wäre denn, wenn es möglicherweise nicht in Hamburg passiert wäre, sondern irgendwo in Dresden? Und meine Sorge ist, dass wir das, wo wir gerade noch mal die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft erwiesen haben – ob das wirklich auf Dauer gesichert ist. Da bin ich nicht ganz sicher, ob das in manchen Bundesländern, wo die AfD zum Beispiel schon langsam an 25 Prozent rankommt, ob wir da diese Geschlossenheit der Zivilgesellschaft noch hinbekommen werden. Und da wünsche ich mir, dass wir uns der Erfahrung, die wir in den letzten Monaten gewonnen haben, auch noch mal positiv bewusst werden, um zu gucken: Wo müssen wir nachsteuern, wo müssen wir auch die Resilienz noch stärken?

Kloiber: Herr Venetis will noch kurz was dazu sagen. Dann habe ich noch eine Frage an Cornelia Haß.

Venetis: Ich hatte so reflexartig zum Mikrofon gegriffen, als Sie meinten, ob es vielleicht eine Finte gewesen sei, vorher die Akkreditierung zu erteilen, um sie nachher zu entziehen. Dem möchte ich insoweit entgegenzutreten, als ich den Eindruck aus der Akte gewonnen habe, dass dem nicht so war. Aber vor allen Dingen glaube ich, dass die Tatsache, dass die Akkreditierung im Vorfeld erteilt wurden, der Lernkurve aus den Klagen, die zum G8-Gipfel erfolgreich geführt wurden, dass das die Lernkurve war. Dass man sagt, wir können die nicht im Vorfeld wegnehmen, weil die Gründe reichen nicht aus. Das hat dann zu der schwarzen Liste geführt, die, und das ist das Problem an der Sache, nicht nur Journalisten betraf, sondern alle. Da hatten Journalisten sowieso nichts drauf zu suchen. Aber gut, die Lernkurve wird auch durch das jetzige Verfahren, glaube ich, weitergehen

und das ist das Gute, dass darüber berichtet wird, das ist das Gute, dass die Gewerkschaften dahinterstehen. Da wird sich in Zukunft so was, meiner Meinung nach, nicht wiederholen.

Kloiber: Conny, was der Kollege Arnd Henze beschrieben hat als Stresstest für die Demokratie, da hört man jetzt aus dem Bundespresseamt, dass die auch lernen wollen. Und dass sie es besser machen wollen und dass sie einen sogenannten Akkreditierungsbeauftragten ernennen wollen. Was soll der machen und wie schätzt du das ein? Wird das helfen, wird das dann auch die Situation tatsächlich vor Ort, wenn so etwas passiert, Kollegen wie Björn, die da echt in einer Notsituation sind und letztendlich auch einen Ansprechpartner brauchen, effektiv verbessern?

Haß: Erst mal finde ich das gut und richtig, dass dieser Akkreditierungsbeauftragte jetzt in Amt und Würden gehoben wurde zum Beginn dieses Jahres. Das geht im Übrigen auch auf ein Gespräch mit Steffen Seibert am 19. Juli mit uns zurück, wo wir gesagt haben, das kann wohl nicht sein, dass ein solcher Vorgang sich da ereignet und niemand ist ansprechbar. Und niemand ist verantwortlich. Ihr müsst in solchen Großlagen künftig Menschen haben, die entscheiden können, die eine Telefonnummer haben, die wir auch als Gewerkschaften ansprechen können für unsere Mitglieder. Herr Seibert sagt, er hat sich das lange durch den Kopf gehen lassen und findet diese Forderung im Prinzip richtig. Und voilà, da ist die Person, die auch Zugriff auf die Rohdaten des BKA bekommen hat und entscheiden darf, ja oder nein. Und dafür dann eben auch geradestehen muss und ansprechbar ist. Ist erst mal eine Forderung, die erfüllt wurde, die aber natürlich die dahinterliegenden Probleme noch nicht mal im Ansatz löst.

Dieses ganze Thema Akkreditierung, wie finden überhaupt diese Verfahren statt, welche Prüfungen werden dem zugrunde gelegt und welche Daten. Da sind wir wieder bei den konzentrischen Kreisen. Diese ganzen Probleme sind damit überhaupt noch nicht gelöst. Ich hoffe aber sehr, der Stellvertreter von Herr Seibert hat auch mir versprochen, dass er den Kollegen mal bei uns vorbeischiekt, damit wir da noch mal ein bisschen im Detail sprechen können, was wir uns jetzt eigentlich für den weiteren Prozess von ihm erwarten, eben was die Frage der Daten angeht und was die Akkreditierungsverfahren insgesamt angeht.

Im Übrigen ja auch bei privaten Veranstaltungen. Wer schützt ein Fußballspiel? Wir hatten in der Vergangenheit Fälle, Neonazikonzerte von privaten Veranstaltern, die von staatlichen Einsatzkräften geschützt werden. Wo die Veranstalter sich die Namens- und Adresslisten der akkreditieren Journalistinnen und Journalisten geben

lassen. Wo wir dann sagen, sag mal, geht es eigentlich noch? Es gab da real existierende Bedrohungen von Leib und Leben und die Einsatzkräfte vor Ort waren dafür maßgeblich verantwortlich. Es hat also immer schon missbräuchlichen Umgang mit Daten gegeben. Die Akkreditierungsverfahren sind schwierig. Und wir erhoffen uns sehr, dass durch diese Person und auch durch eine erhöhte Sensibilität da jetzt mal ein bisschen Zug reinkommt.

Henze: Eine Ergänzung noch, ganz kurz, ein Satz nur. Ich glaube, es ist wirklich eine Forderung von Datenschützern, die wir kennen sollten, dass es so etwas wie ein Akkreditierungsgesetz geben muss. Wir haben es zum Beispiel gesehen bei Rock am Ring, dass das dann komplett abgesagt wurde, weil irgendwo in der Überprüfung, nicht nur von Journalisten, sondern von irgendeinem Servicemitarbeiter ein Bruder oder Cousin auftauchte, der als Gefährder eingestuft wurde.

Einerseits verstehe ich die Sorge. Andererseits führt es natürlich inzwischen zu Überprüfungsprozessen, die so intransparent sind, dass es dafür einfach eine gesetzliche Grundlage braucht. Diese Forderung sollten wir kennen und ich glaube aus eigener Erfahrung massiv unterstützen.

*

Björn Kietzmann ist freier Fotograf.

Arnd Henze ist Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio.

Frank Venetis ist Rechtsanwalt in Berlin und spezialisiert auf Arbeitsrecht.

Cornelia Haß ist Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di

Manfred Kloiber ist Autor und Reporter für den Deutschlandfunk und spezialisiert auf die Themen Informations-technologie, Computer und Kommunikation. ■

■ NOTIERT

■ „Wir haben seit 2009 keine Beitragserhöhung bekommen. 2015 sind die Finanzen sogar abgesenkt worden. Wir haben unser Angebot massiv erweitert, wir haben den kompletten digitalen Bereich aufnehmen müssen. Das hat dazu geführt, dass wir Arbeit verdichten mussten, dass wir auch in der freien Mitarbeiterschaft Personal verloren haben. Irgendwann ist der Drops gelutscht. Dann muss man sagen, mehr geht jetzt nicht. Und das muss auch die Politik wissen. Wenn sie das will, muss sie uns sagen, wo unser Auftrag, der über den Rundfunkstaatsvertrag festgelegt ist, beschnitten werden soll. Wenn wir zum Beispiel keinen Sport mehr zeigen sollen, dann ist es so. Aber davor kann ich nur warnen, denn wenn die Fußballnationalmannschaft nicht im Free-TV läuft, verlieren wir ein ganz wesentliches Element für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Weil die Nationalmannschaft, auch Bayern München

eine gesellschaftspolitische Wirkung hat, die man nicht unterschätzen darf. Das macht uns gewaltig zu schaffen. Wir brauchen eine Beitragserhöhung, sonst werden wir das Angebot einschränken müssen. Und da warten wir auf Signale der Politik, die sollen uns dann mal sagen, wo wir kürzen sollen. Denn es muss jedem klar sein, dass die Rechnung nicht aufgeht, wenn man auf der einen Seite verlangt, dass wir unseren Auftrag erfüllen und auf der anderen Seite dann seit 2009 die Gelder dafür einfriert.“ - *BR-Informationsdirektor Thomas Hinrichs in einer Diskussionsrunde zum Thema „Kommerz macht Macht“ beim dju-Journalistentag.*

■ „Ich glaube, dass die Frage, ob man tatsächlich Pressefreiheit ausleben kann, nicht zwingend von der Bezahlung abhängig ist. Denn gerade in Deutschland haben Journalisten immer die Kraft und die Möglichkeit, gegen Widerstände zu arbeiten, mit denen sie bei ihrer Berichterstattung konfrontiert sind

- etwa durch den Bürgermeister, der sich aufregt, oder den Sportverein, der auch mal ganz militant auftreten kann. Natürlich muss man da genug Selbstbewusstsein haben, und das muss durch den Verlag unterstützt werden. Wirtschaftlich können die Verlage sich das leisten. Für die, die ich führe, würde ich das zu hundert Prozent sagen. Wir haben bis hin zu Gerichtsverfahren alles durchgestanden, was da durchzustehen ist. Ich würde auch behaupten, dass in unserem Verlag niemand ankommt und sagt, er habe die Schere im Kopf. Es gibt Verlage, die wirtschaftlich deutlich schlechter dastehen. Aber ich glaube nicht, dass wir ernsthaft sagen können, aus wirtschaftlichen Gründen ist die Pressefreiheit in Gefahr. Schon gar nicht bei einem doch grundsätzlich sehr offensiven, kämpferischen Journalismus, den wir haben.“ - *Thomas Brackvogel, Geschäftsführer der „Südwest Presse“, ebd.*